

# KONGRESSDIENST

Hamburg  
3. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES  
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Dezember 1960  
N U M M E R 7



## Zum Titelbild:

Max Lingner — Mutter mit Kind  
Der Künstler versah dieses Bild  
noch mit dem Zusatz: Madrid  
1937.

*Eine junge Frau hält ihr verängstigtes und erschrockenes Kind im Arm und blickt den erbärmlichen Schergen entgegen, die mit ihren technischen Apparaten versuchen, Menschlichkeit, friedlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit zu erdrosseln. Unschwer ist zu erkennen, daß diese Frau keineswegs resigniert, sondern im Grunde davon überzeugt ist, daß die Hoffnung aller Mütter der Welt auf endgültigen Frieden eine reale Hoffnung ist, die noch in unserer Zeit verwirklicht werden kann.*

*Gerade in diesen Tagen, wo das Weihnachtsfest vor uns steht, sollten wir uns verpflichtet fühlen, den optimistischen Anruf des Künstlers in unserem Tun aufzunehmen und genau so zuversichtlich allen Menschen guten Willens zu vermitteln.*

### Inejiro Asanuma †

Am 12. Oktober 1960 fiel von der Hand eines Mörders Inejiro Asanuma, der Generalsekretär der japanischen Sozialistischen Partei. Er wurde ermordet, weil er gegen die Einbeziehung Japans in das Militärpaktssystem der USA gekämpft hatte. Das japanische Volk wird durch den Tod seines bedeutenden Führers in seiner Entschlossenheit, den Frieden zu erringen, nur gestärkt werden. Für uns Deutsche bedeutet der Tod Asanumas eine Erinnerung daran, vor welchen verbrecherischen Mitteln Faschisten und Militaristen nicht zurückschrecken, aber auch die Aufforderung, uns durch stärkeren Einsatz eines großen Kämpfers für den Weltfrieden würdig zu erweisen.

## Wichtige Hinweise

Es ist uns gelungen, Herrn Dr. rer. nat. Lothar Wiesner, Atomwissenschaftler an der Technischen Hochschule in Hannover, für die Mitarbeit am „Kongreßdienst“ zu gewinnen. Er hat sich bereit erklärt, die Redaktion in Fragen der friedlichen Anwendung der Atomenergie zu beraten.

Fortsetzung auf Seite 3

# Kampf gegen Atomrüstung verstärken!

*Lieber Kongreßdienst-Leser!*

Nicht nur in Berlin gibt es bekanntlich eine Reihe von Zeitungen, die ständig so tun, als ob jeder „anständige Deutsche“ die Bezeichnung „Frontstadt“ für den höchsten Ehrentitel halte, den man der westlichen Hälfte der alten deutschen Metropole verleihen könnte. Schlug man diese Gazetten zu Beginn der zweiten Oktoberhälfte auf, konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, „Ulbrichts rote Bataillone“ seien zum Sturm auf die Freiheit Westberlins aufgestanden — und das in dem Teil der alten Hauptstadt, über dem die Freiheitsglocke läutet („bimmelt“, sagen die Berliner respektlos).

Der Grund für diese nervösen Angstausbrüche war der 6. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall. Er erschreckte zunächst einmal alle diejenigen, die sich der Hoffnung hingeben, der im Zeichen der Hochkonjunktur zum „Arbeitsbürger“ gewordene Arbeiter werde im eigenen Interesse nicht an den Grundlagen des Wirtschaftswunders zu rühren, geschweige denn so verstaubte Forderungen wie die Beschränkung der Macht des Großkapitals aufzustellen wagen. Wer mit der Festlegung der SPD auf das Godesberger Grundsatzprogramm die deutsche Arbeiterschaft endgültig an die fragwürdige Volksaktien-Ideologie Ludwig Erhards und an den außenpolitischen Kurs Konrad Adenauers gebunden zu haben glaubte, mußte sich getäuscht sehen.

Sicher kann man über das wirtschaftspolitische Leitbild, das im Mittelpunkt dieses Kongresses stand — Vorstellungen etwa, wie sie das gewerkschaftliche Grundsatzprogramm von 1949 beinhaltet —, sehr verschiedener Meinung sein. Dankenswert bleibt jedoch auf jeden Fall, mit welcher Deutlichkeit hier aufgezeigt wurde, daß der geruhame Schlaf des Wirtschaftswunder-Bürgers, in der Meinung, daß in seinem Hause alles in Ordnung sei, noch keineswegs garantiert ist.

Am erschrockensten war die bundesdeutsche Prominenz jedoch darüber, daß die Gewerkschaftler „auf dem Boden des freien Berlins“ die Freiheit so gründlich mißverstanden hatten, daß sie meinten, Freiheit hieße auch Freiheit für den Protest gegen Notstandsgesetzgebung und Atomrüstung — wie es vor längerer Zeit Veranstaltern und Teilnehmern des „Deutschen Studentenkongresses gegen Atomrüstung“ schon einmal ergangen war. Daß Herr Schröder von diesen Ereignissen nicht gerade begeistert sein würde, war vorauszusehen — schmerzlich betroffen sind die Mitglieder der IG Metall und darüber hinaus wir alle jedoch dadurch, daß auch SPD-Vorstandsmitglieder in den Bannfluch der CDU über Otto Brenner und seine Mannen einstimmten und damit den Befürwortern der Atomrüstungspolitik Schützenhilfe leisteten. Diese Haltung wird um so unver-

ständlicher, wenn man sich überlegt, daß zu derselben Zeit, als die Gewerkschaftler in Berlin tagten, die Bundesregierung im Rahmen der NATO ein „Mitspracherecht“ beim Einsatz von Atomsprengkörpern gegen deutsche Ziele (!) und die Umgestaltung der NATO zur „vierten Atom-macht“ forderte.

Die vom Gewerkschaftstag angenommene Resolution gegen diese Gefahren ist deutlich genug:

**„Die Wiederaufrüstung verschärft die Konflikte zwischen den großen Machtblöcken und ist nicht geeignet, die Sicherheit der Bundesrepublik zu verstärken. Die Beteiligung der Bundesrepublik am Wettrüsten und eine „Politik der Stärke“ verringern die Chancen der Wiedervereinigung, stellen den sozialen Standard in Frage und vergrößern die Gefahren militäristischer Einflüsse auf die gesamte Politik der Bundesrepublik. Die Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen steigert diese Gefahren.“**  
(Aus der Resolution des 5. Ordentlichen Gewerkschaftstages, vom 6. Gewerkschaftstag erneuert.)

Dennoch fehlte die Antwort auf eine entscheidende Frage in dieser Resolution — auf die Frage nämlich, was man denn gegen diese bedrohliche Entwicklung tun könne. Die Verwaltungsstelle Remscheid hatte dazu einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem gefordert wird, den Monat März zum Kampfmonat der Gewerkschaft gegen Atomrüstung zu erklären. Wörtlich heißt es darin:  
**Die IG Metall unterstützt die Aktionen der Atomgegner.**

**Der Monat März 1961 wird zum Kampfmonat der IG Metall gegen atomare Aufrüstung erklärt. In diesem Monat sind folgende Maßnahmen unserer Organisation durchzuführen:**

1. Herausgabe von Flugblättern und Plakaten, in denen die Bevölkerung über die großen Gefahren der atomaren Aufrüstung aufgeklärt wird,
2. Durchführung von Kundgebungen und Versammlungen,
3. die IG Metall beteiligt sich an stattfindenden Protestmärschen zu den Raketenbasen.

Unter den Delegierten bestand für diesen Antrag die größte Sympathie — zweifellos wäre er mit überwältigender Mehrheit angenommen worden, wäre er zur Abstimmung gestellt worden. Bedauerlicherweise gab es jedoch Mitglieder des Tagungspräsidiums, denen so viel Entschlossenheit dann doch zu weit ging und die durch die virtuose Handhabung der Geschäftsordnung erreichten, daß dieser Antrag dem Gewerkschaftstag gar nicht erst vorgelegt wurde.

Soll dieser so begrüßenswerte Gedanke der Remscheider damit zu den Akten gelegt sein?

Fortsetzung auf Seite 3

# Metallarbeiter wollen gegen Atomrüstung kämpfen

## 6. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall

Zur Information unserer Leser veröffentlichen wir im folgenden einige von den Anträgen an den 6. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall, die sich mit dem Thema der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik befassen, die Entschließung, die zu diesem Thema gefaßt worden ist und Auszüge aus dem Referat von Otto Brenner.

Die Delegierten des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages müssen zu ihrem Bedauern feststellen, daß trotz Ankündigung auf dem 5. ordentlichen Gewerkschaftstag zur Atombewaffnung der Bundeswehr und zur Atomfrage allgemein der DGB insgesamt und die IG Metall insbesondere den Kampf gegen die Atomgefahr nicht so geführt haben, wie es erforderlich war.

Wir fordern daher erneut, daß die IG Metall und der DGB alles unternehmen, um die Atomgefahr zu beseitigen. Atomwaffen und ABC-Waffen müssen geächtet werden, die Aufrüstung mit klassischen Waffen und Atomraketen muß schnellstens rückgängig gemacht werden. Die Bundesrepublik muß ihren guten Willen zur Völkerverständigung durch sofortige Abrüstung beweisen. Es wird Zeit, den angekündigten ersten Schritt zu gehen. Notfalls sollte diese Forderung durch Arbeitsniederlegung aller arbeitenden Menschen erzwungen werden.

Fortsetzung von Seite 2

Die über die gewerkschaftlichen Interessen weit hinausgehende nationale Bedeutung des Kongresses der IG Metall erfordert es, daß alle Menschen guten Willens mit dazu beitragen, daß auf seine richtigen Erkenntnisse auch die richtigen Taten folgen. **Wir fordern daher alle Gewerkschaftler, alle örtlichen Ausschüsse gegen Atomrüstung, alle pazifistischen Verbände, alle ehrlichen Atomrüstungsgegner in der Bundesrepublik auf, mitzuhelfen, den Vorschlag der Verwaltungsstelle Remscheid der IG Metall zu verwirklichen. Wenn der Gewerkschaftstag aus verfahrensrechtlichen Gründen keinen entsprechenden Beschluß fassen konnte, muß eben auf der örtlichen Ebene der März zum Kampfmonat gegen Atomrüstung werden!**

Auch Sie haben sicher die Möglichkeit, in ihrem Kreis dazu beizutragen, daß der „Kampfmonat März“ zu einem vollen Erfolg für unsere gemeinsame Sache wird. Der STÄNDIGE KONGRESS führt zwar keine eigenen Aktionen durch — aber diese Anregung scheint uns doch so wichtig, daß wir sie so früh wie möglich damit bekannt machen wollten. Denn: Je eher die Vorbereitungen beginnen, desto besser!

Nicht nur reden — handeln! Das muß jetzt die Parole sein — nicht nur in der IG Metall, sondern für uns alle!  
Ihr

*Peter Meier*

Die Vergangenheit liefert eindeutig den Beweis, wo eine Entwicklung endet, die durch eine irrsinnige Aufrüstung gekennzeichnet ist. Die Jahre 1939—1945 sollten allen Deutschen eine nie zu vergessende Lehre sein. Alle arbeitenden Menschen auf dieser Erde wollen ein friedvolles Leben führen, das den Fortschritt im ethischen, kulturellen, wirtschaftlichen und brüderlichen Zusammenleben allen Völkern garantiert. Es gibt nur eine Möglichkeit, die Zukunft zu sichern. Ein neuer Krieg muß mit allen Mitteln verhindert werden.

Der 6. ordentliche Gewerkschaftstag möge den Vorstand beauftragen, in der Weltöffentlichkeit gegen die Atombombenversuche, gegen die atomare Aufrüstung und für die Erhaltung und Sicherung des Friedens einzutreten. Es ist ein Friedensvertrag zu fordern, damit wieder ein in Frieden und Freiheit vereintes Gesamtdeutschland entsteht.

Der Kampf gegen die atomare Bewaffnung und die Errichtung von Raketenabschlußbasen wird von der IG Metall im verstärkten Maße fortgesetzt.

Die IG Metall unterstützt die Aktionen der Atomgegner. Der Monat März 1961 wird zum Kampfmonat der IG Metall gegen die atomare Aufrüstung erklärt. In diesem Monat sind folgende Maßnahmen unserer Organisation durchzuführen:

1. Herausgabe von Flugblättern und Plakaten, in denen die Bevölkerung über die großen Gefahren der atomaren Aufrüstung aufgeklärt wird;
2. Durchführung von Kundgebungen und Versammlungen;
3. die IG Metall beteiligt sich an stattfindenden Protestmärschen zu den Raketenbasen.

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Delegierten des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall fordern den Vorstand auf, in Verbindung mit dem DGB-Bundsvorstand und dem IBFG sich dafür einzusetzen, daß alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, um die Genfer Konventionen auch auf die Achtung von Atom- und Wasserstoffwaffen auszudehnen.

Die Delegierten des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall protestieren gegen die französischen Atombombenversuche in der Sahara sowie gegen die auf Korsika geplanten unterirdischen Atombombenexplosionen. Durch solche Atombombenexplosionen werden nicht nur dicht besiedelte Wohngebiete Afrikas, Kleinasiens und Europas erhöhter Radioaktivität ausgesetzt, sondern es wird auch von seiten Frankreichs gegen einen eindeutigen Beschluß der Vereinten Nationen (UNO) verstoßen. Es besteht ferner die Gefahr, daß diese Versuche Frankreichs zu weiteren Verstößen gegen die freiwillige Beschränkung der Atomkräfte führen.

Die Atombombenversuche in Afrika tragen dazu bei, das Ansehen der europäischen Völker bei den neugebildeten Nationen Afrikas erheblich zu schädigen. Die Bundesregierung wird ersucht, auf Frankreich und die westlichen Regierungen dahingehend einzuwirken, daß Frankreich den Beschluß der UNO achtet.

Die Mitglieder der IG Metall distanzieren sich von den französischen Atombombenversuchen und appellieren darüber hinaus an alle Atomkräfte, auf weitere Atombombenexplosionen — seien sie über oder unter der Erde — ab sofort zu verzichten.

Die Delegierten des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages beauftragen den Vorstand, sich beim Bundesvorstand des DGB dafür einzusetzen, daß der auf der 4. Bundesjugendkonferenz des DGB in Kassel gefaßte Beschluß, ein Treffen aller jugendlichen Atomwaffengegner durchzuführen, endlich realisiert wird. Der Bundesjugendausschuß des DGB sollte dazu dem Bundesvorstand noch in diesem Jahr praktische Vorschläge unterbreiten.

Sollten solche Vorschläge bis zum Jahresende nicht vorliegen, so wird der Jugendausschuß der IG Metall vom Vorstand beauftragt, selbst die nötigen Vorbereitungen für einen Protestmarsch gegen die atomare Bewaffnung zu treffen, bzw. sich an solchen Demonstrationen gleichgesinnter Verbände zu beteiligen.

## Wichtige Hinweise

Unser Büromitglied, Herr Meier, bat darum, ihn von seinem Amt als kommissarischen Sekretär des Büros des Präsidiums des Ständigen Kongresses aus dringenden beruflichen Gründen zu entbinden. Das Büro beschloß, nunmehr Herrn Joachim Hindemith, jur. Referendar, Münster i. W., die Geschäfte des Sekretärs des Büros zu übertragen. Damit hat die Frage ihre endgültige Lösung gefunden.

Dem letzten Kongreßdienst lag eine Zahlkarte bei. Versehentlich fehlte der Hinweis an dieser Stelle mit der Bitte, uns doch durch die Überweisung des Jahresbetrages — soweit nicht geschehen — in unserer Tätigkeit zu helfen. Wir bitten Sie heute recht herzlich, uns den erbetenen Betrag möglichst bald zu übersenden. Konto: Hamburg 273 060 — Johann Schiefbahn (Sonderkonto Ständiger Kongreß).

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses“ wird am 28./29. Januar kommenden Jahres zusammentreten, um über den weiteren Kampf gegen die atomare Aufrüstung zu beraten.

Wir bitten alle Atomrüstungsgegner, schon jetzt dem Büro des Präsidiums Anregungen und Vorschläge einzusenden.

# Notstandsgesetz gefährdet Demokratie

Aus der Rede von Otto Brenner

## Kolleginnen und Kollegen!

Es ist heute viel vom Sozialstaat die Rede oder vom sozialen Rechtsstaat. Im Grundgesetz wird die Bundesrepublik Deutschland als demokratischer und sozialer Bundesstaat bezeichnet. Alle diese Formulierungen besagen letzten Endes ein und dasselbe. Sie deuten an, daß unsere moderne Gesellschaft sich mit einer formalen, nur politisch orientierten, rein repräsentativen Demokratie nicht mehr zufrieden geben kann.

Trotz aller Widerstände setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Demokratisierung der politischen Sphäre vervollständigt werden muß durch die Demokratisierung der anderen gesellschaftlichen Bereiche, vor allem auch der Wirtschaft. Das und nichts anderes ist der Sinn des Begriffes Sozialstaat. Diese Erkenntnis war in der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen schon seit jeher gegenwärtig. Für die Gewerkschaftsbewegung ist die Demokratie lebendige Realität, die Grundlage ihrer eigenen Existenz und darum unentbehrliche Voraussetzung des gesellschaftlichen Fortschritts. Die Demokratie ist für uns kein Paradeferd, das man nur bei festlichen Gelegenheiten schön dekoriert zur Schau stellt! Daß die Gewerkschaften ein wichtiges Element des Sozialstaates sind, wird ausdrücklich vom Grundgesetz anerkannt. Doch wir sind uns darüber klar, daß eine Bestimmung der Verfassungsurkunde noch lange nicht die Wirklichkeit selbst verändert! Wie wenig die Wirklichkeit unserer Bundesrepublik dem Grundgesetz entspricht, das läßt sich tausendfach nachweisen. Nehmen wir nur das Beispiel der Konzentration wirtschaftlicher Macht.

Zu alledem kommen noch die großen politischen Gefahren, die mit der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht verbunden sind. Denn schließlich ist unsere Forderung nach Mitbestimmung aus den Erfahrungen der Jahre vor 1933 entstanden, als maßgebende Industrielle ihre wirtschaftliche Macht mißbrauchten und in politische ummünzten. Um das zu verhindern, fordern wir:

Je mehr Konzentration — desto mehr Mitbestimmung!

Je mehr Konzentration — desto mehr öffentliche Kontrolle!

Schon einmal wurde unsere Demokratie zerstört, weil die wirtschaftliche Macht nicht demokratisch kontrolliert war. Wir müssen dafür sorgen, daß es nicht wieder geschieht! Als Gewerkschaften bekennen wir uns zum demokratischen Staat! Gerade deshalb ist es unsere Pflicht, ihn mit dem Geist der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit zu durchdringen, damit er gegen alle Anschläge von innen und von außen gerüstet ist. Es ist leider nicht zu leugnen, daß sich bei uns trotz der glänzenden Fassade eines jahrelangen wirtschaftlichen Aufschwungs Tendenzen bemerkbar

machen, die alles andere als sozial fortschrittlich sind.

Es ist auch unzulässig, den Streik als überholt oder staatsgefährdend hinzustellen, wie das immer wieder geschieht. Man sollte sich in dieser Hinsicht wirklich an den Verhältnissen in anderen demokratischen Ländern ein Beispiel nehmen, wo die Waffe des Streiks viel häufiger angewandt wird als bei uns. Trotzdem wird dort **nicht** gleich bei jedem Streik von einer Bedrohung der ganzen Gesellschaftsordnung geredet! Bei **uns** möchte man am liebsten den Bären waschen, ohne den Pelz naß zu machen. Man möchte die soziale Gleichberechtigung, das Koalitions- und Streikrecht zwar in der Verfassung stehen haben, aber in der Praxis möchte man seine Anwendung verhindern. Dagegen setzen wir uns mit allen Kräften zur Wehr! Ebenso gegen die Pläne zur Einführung einer Zwangsschlichtung!

ausgesprochenen Absichten der Väter unseres Grundgesetzes. Diese waren sich seinerzeit mit der Mehrheit aller politischen Kräfte noch darüber einig, daß man gerade aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit und dem Zusammenbruch der Weimarer Republik lernen müsse. Der berüchtigte Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung hat bekanntlich in den Krisen-jahren 1930—1933 entscheidend dazu beigetragen, die freiheitlich-demokratische Ordnung zu untergraben. Um diese Erfahrung zu beherzigen und eine solche Entwicklung zu erschweren, wurde auf eine ähnliche Bestimmung im Grundgesetz bewußt verzichtet.

Es gibt eine Reihe von Verfassungsbestimmungen, z. B. Artikel 37, 81 und 91, die völlig ausreichen, um alle Fälle innerer Schwierigkeiten in demokratischer Weise zu bewältigen. Dazu bedarf es keiner Zerstörung



Otto Brenner im Gespräch mit Erich Ollenhauer

Eine Aushöhlung der Demokratie und der im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte dürfen wir nicht zulassen! Das ist unser gutes Recht — und wir lassen es uns nicht streitig machen! Mehr noch — es ist auch unsere demokratische Pflicht! Darum haben wir uns auch von Anfang an entschieden gegen die Pläne der Bundesregierung gewandt, den sogenannten staatlichen **Notstand** gesetzlich zu regeln und eine **Notdienstpflicht** einzuführen.

Es ist bezeichnend für den Geist der Bundesregierung, daß der Bundesinnenminister die Notwendigkeit eines **Notstandsgesetzes** neuerdings wieder mit der Gefahr **innerer** Notstände begründet hat. Deshalb will die Bundesregierung fast unbeschränkte Vollmachten haben. Das ist fürwahr eine seltsame Auffassung von Demokratie! Sie steht auch im Gegensatz zu den

der freiheitlich-demokratischen Ordnung durch einen autoritär regierenden Staatsapparat und keiner Ausschaltung der demokratischen Kräfte. Hier sind wir es, die der Regierung zurufen: Keine Experimente! Denn hier stehen Lebensfragen der deutschen Arbeiterbewegung auf dem Spiel! Wir wollen nichts übertreiben, aber auch nichts beschönigen! Gebranntes Kind scheut das Feuer!

Der Bundesinnenminister aber hat anscheinend die Lehren der Vergangenheit vergessen und ebenso die historische Erfahrung des Kapp-Putsches. Damals war es nicht der Notstandsartikel, es waren die Gewerkschaften, auf deren Existenz und Einsatz die Sicherheit des demokratischen Staates ruhte. Die deutschen Gewerkschaften haben im März 1920, vor nun-

Fortsetzung auf Seite 5

mehr gut 40 Jahren, den Anschlag reaktionärer und militaristischer Kräfte gegen die junge Weimarer Demokratie zunichte gemacht. Sie konnten das nur deshalb mit Erfolg tun, weil sie den Generalstreik anwandten. Wir lassen uns durch kein Notstandsgesetz diese schärfste Waffe der Arbeitnehmer entreißen, und wir werden es nicht dulden, daß man das Koalitionsrecht antastet.

Auch die Vorbereitung einer „wehrwirtschaftlichen“ Organisation der Wirtschaft unter Beseitigung des Koalitions- und Streikrechts durch das beabsichtigte **Notdienstgesetz** lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Das ist ein Gesetz, das noch über die Regelung des kaiserlichen Obrigkeitsstaates von 1916 hinausgeht und an die Maßnahmen der nationalsozialistischen Diktatur erinnert. Ein derartiges Gesetz ist nicht nur unnötig und undemokratisch. Es verstößt nach unserer Meinung in eklatanter Weise gegen die Bestimmungen der Verfassung, deren Schutz es angeblich dienen soll. Wir aber wollen die Lehren der Geschichte beherzigen. Wir wollen ein zweites 1933 ein für allemal verhindern! Darum sind wir gegen jede Notstandsgesetzgebung und gegen die von der Bundesregierung vorgesehene Notdienstpflicht!

Das ist für uns keine Frage der Taktik, sondern ein Teil unseres entschlossenen Kampfes

gegen jede politische und soziale Reaktion,

für die Erhaltung und den Ausbau unserer demokratischen Rechte!

**„Wir dürfen es nicht zulassen, daß man hier in der Bundesrepublik unter dem Mantel des Antibolschewismus die Demokratie abbaut!“**

Otto Brenner

Kolleginnen und Kollegen! Es bedarf keiner Frage, daß zu unseren bisherigen Aufgaben in der nächsten Zeit viele neue Entwicklungen und Probleme hinzukommen. **Darauf müssen wir uns schon jetzt vorbereiten**, wenn wir den Kampf um eine bessere, gerechtere und friedliche Ordnung unserer Gesellschaft gewinnen wollen.

Steigenden Einfluß auf den Verlauf der Geschichte nimmt — neben den Entwicklungsländern — der **kommunistische Block**, der heute schon die Hälfte der Menschheit umfaßt. Wir müssen damit rechnen, daß sowohl seine Bevölkerung als auch seine wirtschaftliche Potenz in den nächsten Jahren noch ansteigen wird.

Natürlich stellt das Anwachsen der kommunistischen Weltmacht auch eine **militärische Bedrohung** dar. Wir sehen das, denn wir treiben keine Vogel-Strauß-Politik — aber wir wollen auch keine Franz-Josef-Strauß-Politik treiben!

Warum sind wir gegen die Wiederaufrüstung und besonders gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr? Die Periode der demokratischen Bewußtseinsbildung — vom politischen und militärischen Zusammenbruch des Jahres 1945 bis heute — war viel zu kurz. Wir können nicht sicher sein, daß nicht wieder Mißbrauch mit den Streitkräften getrieben wird. Der Militarismus ist in Deutschland noch nicht überwunden!

Wie recht wir mit dieser Befürchtung haben, zeigte vor kurzem erst wieder die Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr. Statt Zurückhaltung zu üben, mischte sich der Führungsstab in Angelegenheiten ein, die ausschließlich in die Zuständigkeit des Parlaments und in die Politik gehören. Statt militaristische Denkschriften zu verfassen, sollten wir Deutsche uns lieber auf die historische Rolle besinnen, die wir in der Welt von heute spielen könnten: Mittler zu sein zwischen den Weltmächten, zum Ausgleich der internationalen Spannungen und zur Erhaltung des Friedens. Wir sollten die Zeichen der Zeit richtig deuten und die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen. Statt dessen gefällt man sich bei uns wieder darin, großsprecherisch und belehrend, auch anderen gegenüber, aufzutreten. Dabei merkt man gar nicht, wie man die Sympathien der Gutwilligen im In- und Ausland verspielt. Das gilt sowohl für die Wiedervereinigungspolitik als auch für die weltpolitische Lage. Man weiß immer viel besser, was **andere** tun könnten und müßten. Aber man ist nicht bereit, im eigenen Lande zu tun, was notwendig ist! Wir können nur hoffen, daß, trotz der ungeheuren Rüstungen, keine der beiden Weltmächte eine bewaffnete Auseinandersetzung wagen wird. Denn die Zerstörungskraft der neuen Waffen ist so ungeheuer, daß jeder Angriff auch zur Vernichtung des Angreifers, nicht nur des Angegriffenen, führen muß. Es hat sich ein höchst prekäres Gleichgewicht des Schreckens eingespielt, das jeden davon abhält, die Möglichkeit des Krieges ernstlich zu erwägen.

Allerdings lebt die Welt in diesem Zustand ständig in Angst und am Rande des Abgrundes. Denn niemand ist sicher, ob nicht doch eines Tages — sei es durch Versehen, sei es durch selbstmörderische Fehleinschätzung — die atomare Katastrophe ausgelöst wird. Diese Gefahr hat uns seit Jahren dazu veranlaßt, die Einstellung der Atombombenversuche, die Beendigung des Wettrüstens und eine internationale kontrollierte Abrüstung zu fordern. Wir sind überzeugt, daß letzten Endes **nicht** die Waffen den Ausschlag geben können! Die Entscheidung wird vielmehr auf dem Gebiet der **sozialen und wirtschaftlichen** Verhältnisse fallen. Deshalb sehen wir den sichersten Schutz vor der Ausbreitung des Kommunismus nicht in verstärkter Rüstung, sondern im Aufbau einer vorbildlichen, demokratischen, gerechten und freien Gesellschaft — in Deutschland wie in der ganzen Welt! **Noch** sind die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik nicht grundlegend geändert. Nach wie vor gilt es, die Lauen aufzurütteln, die Unorganisierten für uns zu gewinnen und die Gewerkschaften zu stärken. Die Erfolge der letzten Jahre sollen uns Verpflichtung und Ermutigung sein, zäh und unbeirrt, entschlossen und kämpferisch unsere Ziele weiterzuverfolgen! Wirtschaft und Gesellschaft **so** umzugestalten, daß der Mensch im Mittelpunkt steht — das ist die Aufgabe, die uns das Jahrhundert gestellt hat! Dieser Aufgabe werden wir alle Kräfte widmen, bis aus der industriellen Gesellschaft die wahrhaft soziale Gesellschaft geworden ist!

## Entschliebung

Gegen die atomare Gefahr (Beschllossen auf dem 5. ordentlichen Gewerkschaftstag in Nürnberg)

Diese Entschliebung wurde auf dem 6. Gewerkschaftskongreß in Berlin bestätigt.  
D. Red.

Die IG Metall hat sich stets — seit die Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zur Debatte stand — gegen jede Wiederaufrüstung, gegen jede Remilitarisierung Deutschlands ausgesprochen. Die Wiederaufrüstung verschärft die Konflikte zwischen den großen Machtblöcken und ist nicht geeignet, die Sicherheit der Bundesrepublik zu verstärken. Die Beteiligung der Bundesrepublik am Wettrüsten und eine „Politik der Stärke“ verringern die Chancen der Wiedervereinigung, stellen den sozialen Standard in Frage und vergrößern die Gefahren militaristischer Einflüsse auf die gesamte Politik der Bundesrepublik. Die Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen steigert diese Gefahren.

Der 5. Gewerkschaftstag der IG Metall begrüßt die sich abzeichnenden Möglichkeiten einer Ubereinkunft der Großmächte zur Einstellung der Versuchsexplosionen.

Auch die gemeinsamen Vorschläge der Genfer Konferenz der Atomwissenschaftler aus Ost und West, die die Möglichkeit der technischen Kontrolle von Atomexplosionen bejaht haben, stellen einen vielversprechenden Anfang dar, der zu einer allgemeinen Abrüstung führen könne. Der Gewerkschaftstag appelliert an die Großmächte, sich der Verpflichtung dazu nicht zu entziehen. Er fordert die Bundesregierung auf, im Zeichen der neuen Entwicklung von der Verwirklichung des Atomrüstungs-Beschlusses vom 25. März abzusehen. Solange das nicht geschieht, werden wir unseren Kampf gegen die Atomrüstung fortsetzen.

Deshalb beschließt der Gewerkschaftstag, die eigenen Mitglieder und die breite Öffentlichkeit immer wieder auf diese Gefahren für die Menschheit im allgemeinen und für die Bevölkerung der Bundesrepublik im besonderen hinzuweisen und alle ihre Organe in diesen Dienst zu stellen.

Wir müssen uns dessen bewußt bleiben, daß wir uns nur durch den unermüdlichen Einsatz im Kampf gegen die atomare Aufrüstung in der ganzen Welt den Vorwurf späterer Generationen ersparen können, mitschuldig geworden zu sein. Deshalb rufen wir alle unsere Mitglieder — gleich, welcher Partei und welcher Konfession sie angehören — auf, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um diese der ganzen Menschheit drohenden Gefahren abzuwehren.

# Notstandsgesetz soll Kampf gegen Atomrüstung verhindern

Immer dringlicher wird für alle demokratischen Kräfte der Bundesrepublik die Aufgabe, die Bedrohung der Demokratie in Westdeutschland zu erkennen und ihr energisch entgegenzutreten. Diese Aufgabe stellt sich besonders den Gegnern der atomaren Ausrüstung; denn gerade sie wären die ersten, die von der Zerstörung der demokratischen Freiheit zunächst und am härtesten betroffen würden. Die akuteste Gefahr für die Demokratie stellt das geplante verfassungsändernde Notstandsgesetz dar. Mit seinem Inkrafttreten würde der westdeutschen Demokratie der Todesstoß versetzt.

Diese Behauptung bedarf allerdings des Beweises, denn aus dem Gesetzentwurf selbst läßt sich seine Absicht nicht ohne weiteres erkennen. Der Text des Notstandsgesetzes ist wohlbedacht so gefaßt, daß sein Inhalt einem Laien auch bei genauer Lektüre nicht aufgeht. Auch die amtlichen und halbamtlichen Begründungen für das Notstandsgesetz erwecken den Eindruck, als handele es sich um eine harmlose Schließung einer Lücke im Grundgesetz, die der Parlamentarische Rat bedauerlicherweise nicht bemerkt habe, die aber von einer „verantwortungsbewußten Staatsführung“ zum Schutze der rechtsstaatlichen Ordnung schnellstens beseitigt werden müsse. Beleuchten wir einmal einige Einzelheiten der „Notstandsdemokratie“, dann werden wir besser sehen, was von dieser Behauptung zu halten ist.

Für den gesunden Menschenverstand gehören Wahlen zum Wesen der Demokratie. Während des Notstands finden jedoch keine Wahlen statt. Die Dauer des Notstands ist völlig unbegrenzt. Die Verkündung des Notstands ist daher für den Bundestag ein gutes Mittel, sich dem Vertrauen der Wähler zu entziehen, das er zuvor mißbraucht hat.

Die Funktionen des Parlaments sind überdies in der Zeit des Notstands auf ein Minimum reduziert. Das gesamte Gesetzgebungsrecht liegt praktisch bei der Bundesregierung.

Das wesentliche Merkmal der „Notstandsdemokratie“ ist aber, daß der einzelne gegenüber dem Staat rechtlos gestellt wird. Die entscheidenden Grundrechte können in der Zeit des Notstands „über das sonst vorgesehene Maß eingeschränkt“, d. h. praktisch aufgehoben, werden. Zu den Grundrechten, die die Regierung dem einzelnen im Verordnungswege nehmen kann, gehören alle diejenigen, deren es zu einer politischen Betätigung bedarf. Dazu zählen die Meinungsfreiheit mit ihren wichtigen Teilgebieten, der Freiheit der Berichterstattung durch Presse, Funk und Film und der Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre; ferner die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit (einschließlich des Koalitionsrechts der Gewerkschaften), die Eigentumsfreiheit, das Recht auf Freizügigkeit und das Recht auf freie Berufswahl, das eine Garantie gegen

Zwangsarbeit darstellt. Last not least ermöglicht die Einschränkung des Art. 104 GG Verhaftungen im weitesten Umfange.

Es ist jedem, der in der politischen Arbeit steht, zu raten, sich einmal auszumalen, was mit diesen Mitteln alles gemacht werden kann. Vereinigungen, deren politische Zielsetzung unbequem ist, werden einfach verboten. Jedes Zusammentreffen Gleichgesinnter kann verhindert und bestraft werden. Das Herausgeben von Druckschriften, die nicht vorher der Zensur vorgelegen haben, ist verboten und strafbar. Materialsammlungen, Archive, Bücher, Schreibmaschinen, Druckereigerät — alles kann beschlagnahmt werden. Jede Person, von der die Regierung mit Recht oder Unrecht annimmt, daß ihr weiteres freies Herumlaufen die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht, kann zunächst einmal in Haft genommen werden: sie wird sodann für Arbeitsleistungen herangezogen. Diese Maßnahmen sind natürlich auch gegenüber Mitgliedern legaler politischer Parteien möglich. Daß eine Partei, wenn man alle diese Maßnahmen konsequent gegen sie einsetzt, auch ohne Verbot erledigt werden kann, bedarf wohl keines Beweises. Dieser noch unvollständige Katalog wird hoffentlich jedermann klarmachen, was eine „Notstandsdemokratie“ noch wert ist.

Dies alles kann also zum Schutz der Demokratie ins Werk gesetzt werden. Wenn man ganz naiv fragt, wer uns denn garantiert, daß tatsächlich mit diesen Maßnahmen die Demokratie geschützt wird, so erhält man die Antwort: Das garantiert der Bundestag. In der Tat kommt dem Bundestag, genauer, seiner Mehrheit, im Notstand eine Schlüsselstellung zu; er beschließt, wenigstens im Regelfall, den Notstand und er hebt ihn auch wieder auf. Mit anderen Worten: Das Not-

standsgesetz ist so konstruiert, daß es der Bundestagsmehrheit, die auch den Kanzler gestellt hat, die Möglichkeit gibt, die Bundesrepublik in einen vom Kanzler diktatorisch regierten Zwangsstaat umzuwandeln, und zwar, wenn sie es wünscht, wobei sie niemand daran hindern kann, auf die Dauer. Das bedeutet aber, daß das Notstandsgesetz ein perfektes Ermächtigungsgesetz ist, wie es Hitler sich erst durch einen Rechtsbruch schaffen mußte. Damit entlarvt sich auch das Argument, das Gesetz bedeute die Schließung einer Lücke im Grundgesetz. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates haben sehr wohl gewußt, warum sie nicht wieder einen Artikel 48 in die Verfassung aufnehmen wollten. Sie haben sich mit dem Artikel 91 GG begnügt, der bisher noch niemals angewandt zu werden brauchte und nach Meinung zahlreicher Juristen sehr wohl ausreicht.

Es ist nicht zufällig, daß die Regierung sich sorgfältig hütet, die geplanten Einzelregelungen des Notstandsgesetzes in eine öffentliche Diskussion zu bringen, sondern stattdessen versucht, das unpopuläre Gesetz rasch und ohne viel Aufsehen im Parlament durchzupeitschen. Der Kampf gegen den geplanten Entwurf ist daher in der Weise zu führen, daß unablässig in der Öffentlichkeit aufgezeigt wird, welche Gefahr in dem geplanten Gesetz verborgen liegt. Es muß ein Druck der öffentlichen Meinung auf die Regierungspartei und die Opposition einsetzen, der es allen Parlamentariern stark erschwert, für dieses Gesetz zu stimmen. In der kommenden Wahlkampagne muß jedem Kandidaten die Entscheidungsfrage gestellt werden, wie er zur Notstandsgesetzgebung steht. Der Kampf um die Notstandsgesetzgebung ist ein Testfall dafür, ob das Volk noch in der Lage ist, seine Interessen gegenüber einer allmächtig gewordenen Regierung durchzusetzen.



# Die Heidelberger Konferenz

Namhafte Vertreter der Kirchlichen Bruderschaften aus Württemberg, Hessen-Nassau, der Pfalz, dem Rheinland und dem Saargebiet haben am 10. Oktober 1960 in Heidelberg einen „Aufruf an die politisch tätigen Persönlichkeiten der Bundesrepublik“ verfaßt, der zu einer politischen Kontaktaufnahme auffordert, um den Bestrebungen nach einem deutschen Abrüstungsbeitrag eine wirkungsvolle Grundlage zu geben. Der Aufruf wurde aus diesem Grunde auch in Hinblick auf die Vorbereitung der nächsten Bundestagswahl veröffentlicht. Seine Verfasser — die Heidelberger Konferenz — sind in den letzten Monaten bereits mehrfach mit Vorschlägen zu einer Entspannung der politischen Situation Deutschlands an die Öffentlichkeit getreten. Wir veröffentlichen nachstehend den Wortlaut und die Namen der Unterzeichner des Aufrufs vom 10. Oktober.

Wir befinden uns heute in der Frage Berlin, der Grenzen Deutschlands und der Wiedervereinigung bei Fortsetzung der bisherigen Politik in einer offensichtlich ausweglosen Situation. Die Fortsetzung der Aufrüstung und atomaren Bewaffnung der Bundeswehr muß zum Krieg führen. Die Bundestagsdebatte am 30. Juni 1960 hat gezeigt, daß wir in diesem Punkte in der Bundesrepublik keine wirkliche parlamentarische Opposition mehr haben.

Um der Zukunft unseres Volkes willen bitten wir diejenigen Persönlichkeiten innerhalb und außerhalb der Parteien, die nach wie vor die Atom-

rüstung ablehnen und den zur Explosion führenden Rüstungswettlauf verhindern wollen, miteinander Fühlung aufzunehmen, um im nächsten Bundestag die folgenden Grundsätze zu vertreten:

Schaffung einer beispielhaften Zone der Abrüstung in Mitteleuropa  
Verhandlungen mit allen Ländern, auch mit den Nachbarvölkern im Osten

Abbau der Haßpropaganda  
Verhinderung der Atomrüstung der Bundeswehr

Abschluß eines innerdeutschen Nichtangriffspaktes

## Die Heidelberger Konferenz

Pfarrer Dr. Werner  
Pfarrer Dr. Schlenker  
Pfarrer Rücker  
aus der Kirchlichen Bruderschaft in Württemberg  
Pfarrer Treblin  
Pfarrer Mochalski  
Pfarrer Stroh  
Pfarrer Semmerrock  
Dipl.-Biol. Bethke  
Pfarrer Bähr  
aus der Kirchlichen Bruderschaft in Hessen-Nassau  
Pfarrer Oessle  
Diakon Sefrin  
Pfarrer Farr

Pfarrer Jockes  
aus der Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft Pfalz  
Dr. Hannelis Schulte  
aus der Theologischen Sozietät Baden  
Prof. Dr. Renate Riemeck  
Holde Bischoff  
aus der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland  
Vikar Heipp  
Willi Carste  
Pfarrer Hunsicker  
Herbert Lehmann  
aus dem Saarland  
Heidelberg, den 10. Oktober 1960

Hubert Biernat, NRW-Innenminister a. D., Regierungspräsident i. R. (Kabinett Steinhoff), schickte dem Aktionsausschuß eine Stellungnahme, in der es unter anderem heißt: „Ich pflichte uneingeschränkt Ihrer Auffassung bei, daß es unverantwortlich ist, in der Nähe von Siedlungen und lebenswichtigen öffentlichen Einrichtungen Raketenbasen zu errichten. In sehr scharfer Form habe ich als Innenminister im Kabinett Steinhoff Stellung gegen jede atomare Ausrüstung Deutschlands bezogen und in einer eingehenden Erklärung im Landtag NRW die Gefahren dargestellt, welche durch eine atomare Auseinandersetzung drohen. Meine Auffassung hat sich nicht gewandelt.“

Außer dieser Unterschriftensammlung hat der Aktionsausschuß der Presse eine Protesterklärung übergeben, in der es unter anderem heißt:

„1. Der Aktionsausschuß entsprach mit seinem Vorhaben voll und ganz der von der Bundesregierung wiederholt vertretenen und propagierten Forderung nach dem Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung in all jenen Fragen, die für das Schicksal und das Wohlergehen der Bevölkerung von Bedeutung sind. Der Aktionsausschuß vertritt die Auffassung, daß ein solch elementares demokratisches Recht prinzipielle Gültigkeit haben muß und daß seine Anwendung keineswegs nur dort erfolgen darf, wo es gewisse Kreise für zweckmäßig befinden.“

2. Der Aktionsausschuß betrachtet den von ihm beschrittenen Weg des Protestes — eine Unterschriftensammlung an der Lingese-Talsperre unter eine Bitte an die Fraktionen des Landtages von Nordrhein-Westfalen — als eine der demokratischsten Formen öffentlicher Meinungsäußerung überhaupt. Der Aktionsausschuß steht mit dieser Aktion eindeutig auf dem Boden unserer demokratischen Grundordnung. Der Artikel 17 des Grundgesetzes besagt nämlich ohne Einschränkung:

„Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen oder an die Volksvertretung zu wenden.“

Das Verbot dieser demokratischen Aktion ist mithin eine in vollem Umfang antidemokratische Maßnahme. Gerade weil aber diese Handlungsweise des Herrn Oberkreisdirektors von Gummersbach eine so rigorose Unterbindung einer öffentlichen Meinungsäußerung und damit eine willkürliche Beschränkung der demokratischen Grundrechte ist, kommt sie in der Auswirkung einer Vorwegnahme der geplanten Notstandsgesetzgebung gleich.

Gegen die Verfügung des Oberkreisdirektors in Gummersbach hat der Aktionsausschuß beim Verwaltungsgericht in Köln Klage erhoben.

Lo.

## Protest gegen Raketenbasen

Bereits in der Nummer 5 des KONGRESSDIENSTES berichteten wir unter der Überschrift „Landschaftsschutzgebiet oder Sperrgebiet“ darüber, daß der Oberkreisdirektor des oberbergischen Kreises eine Unterschriftensammlung verbot, mit der der „Aktionsausschuß der Jugend aus Hütten und Schächten gegen den Atomtod“ gegen die geplante Errichtung von Raketenbasen an der Lingese-Talsperre protestieren wollte. Inzwischen ist uns ein Bericht zugegangen, der uns darüber unterrichtet, was nach diesem Verbot weiter geschehen ist. D. Red.

Nachdem die Verbotsverfügung des Oberkreisdirektors bei dem Aktionsausschuß eingegangen war, beschloß der Arbeitsausschuß des Aktionsausschusses, an Stelle der verbotenen Aktion eine Sammlung von Unterschriften in den Orten und Städten des Bergischen Landes und des Ruhrgebietes durchzuführen. Aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens treffen jetzt täglich Listen ein, auf denen Atomrüstungsgegner durch ihre Unterschrift sich der Bitte des Aktionsausschusses an die Fraktionen im Landtag anschließen, das Gebiet der Lingese-Talsperre zum Erholungszentrum der Jugend zu erklären und die beabsichtigte Errichtung von Raketenabschubanlagen zu ver-

hindern. Bisher haben bereits 3291 Personen ihre Unterschrift abgegeben. Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem der Präsident des Landeskirchenamtes der evangelischen Kirche in Westfalen, Präses Wilm, der bekannte Röntgenologe Dr. med. W. Pilger, der Schriftsteller Werner Warsinsky, der Vorsitzender des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“ in Lünen in Westfalen ist, Frau Professor Klara Marie Faßbinder, der Chefarzt der Kinderklinik in Gelsenkirchen, Professor Dr. Brenner, Oberstudiendirektor i. R. Helling, die Pfarrer Joachim Schreiber und Rolf, Essen, sowie 21 Mitglieder des Betriebsrates der Hoesch-AG, Westfalen-Hütte, Dortmund.

# Protest-Kundgebung in Gelsenkirchen

Trotz einer Falschmeldung in der Presse von einem Verbot der angekündigten Protestaktion veranstaltete der IDK Landesverband NRW am 5. 11. 1960 diese Aktion gegen die Stationierung von Raketenwaffen in Deutschland. Als Ort der Tat bot sich Gelsenkirchen-Erle, wo eine „Raketenattrappen“-Einheit stationiert ist. Der Begriff „Attrappen“ wurde der Gelsenkirchener Bevölkerung aus verständlichen Gründen von den zuständigen Militärdienststellen und Presseorganen vorgegaukelt. Auch wenn wir von der IDK gerne bereit sind zu glauben, daß es sich auf dem Raketen-gelände in Gelsenkirchen-Erle tatsächlich nur um eine Attrappen-Einheit handelt, kann das unsere Haltung nicht im geringsten ändern. Nähere Ausführungen dazu machte Kirchenpräsident D. Martin Niemöller.

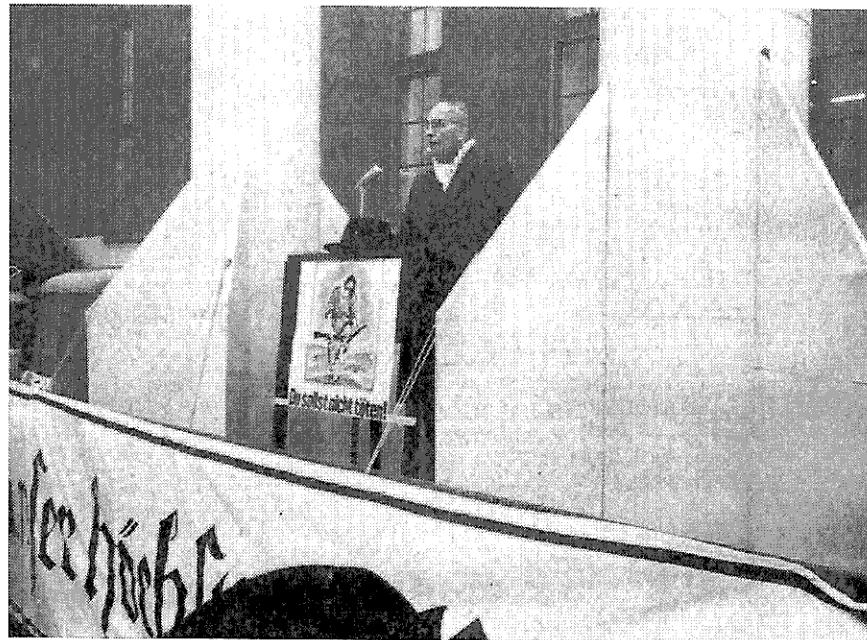
Anwesend waren ungefähr 2000 Teilnehmer mit 100 Fahrzeugen. Aus dem Ausland waren vertreten: Eine 12 Mann starke Delegation aus Belgien von der IDK Lüttich sowie eine Gruppe italienischer Arbeiter mit eigenen Transparenten. Ferner der Rev. Leslie Hayman, Neuseeland, Prof. Dr. M. C. Morris USA. Unsere deutsche Friedensprominenz war vertreten durch Kirchen- und IDK-Präsident D. Martin Niemöller, Prof. Renate Riemeck, erste Vorsitzende der IDK, Pastor G. Wandersleb von der Deutschen Friedensgesellschaft. Zudem schlossen sich uns 15 Pfarrer aus Gelsenkirchen und Umgegend sowie einige Funktionäre der Gewerkschaften an.



Der Pfarrer der Gemeinde von Gelsenkirchen-Erle hatte seine Gemeinde aufgefordert, an der Protestaktion teilzunehmen.

Begonnen wurde die Kundgebung um 11.00 Uhr mit einer kurzen Ansprache von Frau Prof. Riemeck, die vor allem unsere ausländischen Gäste begrüßte und ihnen sowie Präsident Niemöller

herzlich für ihr Erscheinen dankte. Anschließend folgte das Hauptreferat von Martin Niemöller, dessen Rednerpult von zwei echten Pappraketen flankiert war. Er führte u. a. etwa folgendes aus:



Er sei bestürzt über Pressemeldungen, die behaupteten, es handele sich bei den Raketen auf dem Erler-Feld nur um Attrappen, da dies zunächst wiederum die Politik der Verharmlosung

sich bald in der Vernichtung deutscher Städte kundgetan habe. Eine ebensolche Lüge stellten die Luftschutzanstrengungen heute dar, um nämlich zu verschleiern, daß es im Atomkrieg keinen Luftschutz mehr gäbe. Fer-

ner berichtete Martin Niemöller von dem englischen Protestmarsch von Trafalgar Square zum britischen Atomzentrum Aldermaston im Jahre 1957 und zeigte damit ein Beispiel auf, wie sich ein zahlenmäßig kleiner Anfang zu einer weiten Bewegung gegen die atomare Aufrüstung entwickeln könne. (Entschließung der Labour Party gegen die englische Atomauf-rüstung in Scarborough.) Niemöller beantwortete außerdem noch eine Äußerung Konrad Adenauers, der gesagt haben soll, wer sich gegen die Atomrüstung stelle, sei ein Narr. Niemöller hielt dem entgegen, daß auch Christus ein erklärter Gegner einer atomaren Aufrüstung gewesen wäre. Zum Schluß seiner Ausführungen wies Niemöller auf die Warnungen der Wissenschaftler in bezug auf die militärische Anwendung der Atomenergie hin, die jedoch von den machtbesessenen Regierungen bagatellisiert und nicht ernst genommen würden. Darauf wünschte er dem Verlauf dieser Protestaktion den gleichen Erfolg, wie er sich in England gezeigt habe.

von seiten der Regierung und der Militärs offenbare. Zudem habe die deutsche Geschichte gelehrt, daß schon einige Male der Anfang zu Gewalttaten mit Attrappen gemacht worden sei. Als Beispiel führte Martin Niemöller die Tank-Attrappen der jungen Reichswehr und die Attrappen des Luftschutzes 1936 an, deren Lüge

Anschließend an diese Schlußworte Niemöllers formierte sich der Demonstrationszug, der eine erfreulich rege Beteiligung aufwies: Ungefähr 1200 Fußgänger mit Plakaten und Spruchbändern („Mit der Labour Party gegen atomare Aufrüstung“, „Für allgemeine Abrüstung“ usw.), ferner 83 Autos mit Plakaten beklebt, die u. a. wiederum auf den Fall Riemeck hinwiesen. Aus „verkehrstechnischen“ Gründen war die vorgesehene Route unseres Marsches von der Polizei umgelegt worden: Durch wenig belebte Nebenstraßen, damit dieser unbequeme Protestzug von möglichst wenig Passanten gesehen würde. Doch wurde

das ganze Geschehen von einer stattlichen Anzahl von Fotografen und Kameraleuten des Fernsehens festgehalten: BBC, Fox Tönende Wochenschau, British-Commonwealth-News, Agenturen ADN.

Als Abschluß der Protestaktion sprach Pfarrer Ahne am Erler Sportfeld: Die starke Bundesregierung habe vor uns schwachen Pazifisten und Kriegsgegnern soviel Angst, daß es fraglich erscheine, ob sie das deutsche Volk vor einem sehr starken eventuellen Feind verteidigen könne. Daran schloß sich eine Abrechnung mit der verfehlten Politik der Stärke Adenauers.

Ungefähr eine halbe Stunde nach Auflösung des Protestzuges kam es am Eingangstor des Raketengeländes zu einem spontanen Sitzprotest. Ungefähr 50 Demonstranten, zu denen sich 200 Sympathisierende gesellten, setzten sich eine Viertelstunde lang in stummem Protest auf die Fahrbahn des Kasernentores und zwangen somit einige Pkw zur Umkehr. Da die wiederholten Aufforderungen der Polizei, sich zu erheben, nicht befolgt wurden, versuchten die Beamten einige unserer Frauen fortzutragen. Die passive Haltung der Betroffenen erschwerte den Abtransport derart, daß Polizeiverstärkung angefordert wurde. Kurz vor Eintreffen zweier Mannschaftswagen war die vereinbarte Zeit von 30 Mi-



nuten verstrichen, und die Demonstranten zerstreuten sich freiwillig. Auch bei dieser Aktion waren Presse- und Fernsehreporter rege tätig. Zu unserer Protestaktion traf eine Grußbotschaft der Gewerkschaft Bau

— Steine — Erde folgenden Inhalts ein: „Wir begrüßen Ihre Aktion von Herzen und wünschen ihr einen guten Erfolg.“ Die Gelsenkirchener Aktion fand in der ganzen Revier-Presse ein starkes Echo.

## „Mißbrauch des politischen Amtes“

Wir bringen unseren Lesern einen Brief von zwanzig Wissenschaftlern, Schriftstellern und Politikern an den Bundeskanzler zur Kenntnis, in dem sie sich gegen die Diffamierung und die Untergrabung der Demokratie verwahren, die es bedeutet, wenn der Kanzler eines Landes die Atomrüstungsgegner als „Narr oder noch böser“ bezeichnet. D. Red.

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Wer der Bundeswehr heute noch moderne Waffen vorenthalten“, so haben Sie am 27. September vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärt, der „versündige sich“. Er sei ein „Narr oder noch böser“. Mit „modernen Waffen“ haben Sie, das dürfen wir, dem Sprachgebrauch der Bundesregierung folgend, unterstellen, atomare Vernichtungsmittel gemeint.

Sie haben damit über eine große Gruppe von Staatsbürgern ein grundsätzliches sittliches Urteil gefällt. Durch Ihre Erklärung haben Sie alle diejenigen diskriminiert, die aus begründeter Überzeugung die atomare Ausrüstung der Bundeswehr für verhängnisvoll halten. Sie erklären alle, die aus politischer und ethischer Verantwortung dieses Ziel der Bundesregierung nicht billigen können, für unmündig. Noch schlimmer: Sie stempeln diese Bürger als verbrecherisch ab. Denn was sollen Ihre Worte „versündigen“ und „noch böser als Narren“ sonst bedeuten? Die Verwendung solcher Argumentation ist ein Mißbrauch Ihres politischen Amtes.

Diese Ihre Diffamierung reißt zu einem Zeitpunkt, in dem Deutschland den Gefahren einer überaus ernsten Welt-situation besonders ausgesetzt ist und nicht nur das Schicksal Berlins auf dem Spiele steht, eine Front gegenüber allen jenen auf, die sich zur Bundesrepublik und damit zur Demokratie bekennen, und gerade um ihrer Bejahung der Freiheit willen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr für gefährlich halten. Es ist dabei unerheblich, ob sich Ihre Erklärung gegen die Opposition im Bundestag richtet und als Sprache des Wahlkampfes aufzufassen ist. Ihre Behauptung muß schlechthin zu einer Verketzerung aller derjenigen führen, die über eine politische Entscheidung nicht einer Meinung mit der Bundesregierung sind. Wir halten es für verhängnisvoll, daß der Regierungschef des demokratischen Deutschlands sich eines Stils bedient, den man mit Recht als Ausdrucksweise autokratischer Regierungschefs ablehnt. Damit wird jenen Kräften in die Hand gearbeitet, die wir um der Wiedervereinigung und der Zukunft unseres Landes willen be-

kämpfen müssen.

Bei Ihrer Erklärung geht es nicht allein um die Frage der atomaren Bewaffnung. Es geht darum, ob in unserem Staat einer Minorität durch den verantwortlichen politischen Führer das Recht darüber abgesprochen werden kann, an der Zukunft der Bundesrepublik und eines freien Deutschland mitzuwirken. Es geht darum, ob die Ausübung der Regierungsgewalt zur Fllung sittlicher Verdammungsurteile über einen Großteil des Volkes berechtigt. Wir können nicht umhin, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Ihre Äußerungen vor der Bundestagsfraktion der Regierungspartei in einem Sinne zu verstehen, der für die demokratische Moral der Bundesrepublik und für ihren politischen Weg bedenklich sein muß.

Unterschrieben ist der Brief von Stefan Andres und Oberkirchenrat H. F. Kloppenburg, Mitunterzeichnet haben ihn Prof. Dr. Fritz Baade, Heinrich Böll, Prof. Dr. Max Born, Prof. Dr. Gert Burkhardt, Axel Eggebrecht, Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Dr. Gustav Heinemann, Prof. Dr. Eugen Kogon, Ernst Kreuder, Dieter Linz, Dr. Walter Menzel, D. Martin Niemöller, Erich Ollenhauer, Paul Schallck, Prof. Dr. Gg. Schaltenbrand, Martha Scheidt-Saalfeld, Prof. Dr. Heinrich Vogel und Prof. D. Ernst Wolf.

# Labour-Party auf neuen Wegen

von K. Zilliacus

Es ist uns eine ganz besondere Freude, daß das Mitglied des englischen Unterhauses K. Zilliacus, der an dem Kampf der Engländer gegen Atomrüstung maßgeblich beteiligt und unsern Lesern längst kein Unbekannter mehr ist, uns seine Beurteilung der Konferenz der Labour-Partei in Scarborough geschickt hat und gleichzeitig als einer, der in diesem Kampf um die neue Verteidigungspolitik der Labour-Partei mitten drin steht, aufgezeigt hat, wie diese neuen Ereignisse den weiteren Verlauf der Entwicklung aller Voraussicht nach bestimmen werden. Wie eine Regierungspolitik, die von der Ablehnung der Atomrüstung ausgeht, aussehen müßte, hat K. Zilliacus in der Broschüre „Anatomy of a Sacred Cow“ (Die Anatomie einer heiligen Kuh — nämlich der Nato) ausführlich dargelegt. Die Auszüge aus diesem äußerst wichtigen Dokument sind für unsere deutschen Leser darum von so besonderer Bedeutung, weil ein auch nur annähernd so konsequenter und klarer Entwurf für eine Regierungspolitik von einer der Parteien des Bundestages vollständig fehlt. D. Red.

Auf der diesjährigen Jahreskonferenz in Scarborough hat die Labour-Partei ihre Verteidigungspolitik mit ihrer Außenpolitik in Übereinstimmung gebracht. Beide basieren jetzt auf der Ansicht, die von Aneurin Bevan auf der Konferenz in Scarborough in überzeugender Weise vorgetragen wurde, daß die Sowjetunion den Krieg nicht wünscht, sondern im Gegenteil mit uns gemeinsam ein überwältigendes Interesse am Frieden hat, daß Kommunismus eine soziale Herausforderung und nicht eine militärische Bedrohung ist, daß es nicht die Aufgabe Großbritanniens ist, den Kommunismus zu beseitigen oder Revolutionen in den Ländern anderer Völker zu bekämpfen.

In der bisherigen Zeit herrschte diese Übereinstimmung nicht. Die Außenpolitik bemühte sich, die Sowjetunion und China als Partner zu betrachten, die sich durch regionale Abmachungen zwischen Ost und West, die auf der Charta der Vereinten Nationen beruhen, bemühen, Frieden zu schaffen und zu erhalten. Die Verteidigungspolitik jedoch betrachtete sie als potentielle Gegner, gegen die wir unter amerikanischer Führung in der NATO, SEATO und CENTO den Krieg vorbereiten müssen. Dieser Zustand ist jetzt beendet.

Mr. Gaitskell ist wiedergewählt worden, mit der ausdrücklichen Erklärung, daß er die neue Verteidigungspolitik durchführen wird. Der Kampf der Labour-Partei geht jetzt dahin, die Führer des rechten Flügels zu zwingen, die Politik der Partei anzunehmen oder zu verzichten. Diesem Ziel dient der Appell, die Einigkeit der Partei zu wahren, die weite Unterstützung gefunden hat. Die Bewegung breitet sich jetzt aus nach Schottland, Nord- und Westengland und Wales. Die Führer des rechten Flügels müssen damit rechnen, im nächsten Jahr nicht wieder gewählt zu werden, wenn sie weiter darauf bestehen, die offizielle Politik der Partei zu mißachten. Die Rechte verfügt zwar über die Presse, aber die Bewegung gegen Atomrüstung verfügt über alle aktiven Kräfte in den Gewerkschaften und im ganzen Land. Sie werden den Weg bereiten für die Gewerkschaftskonferenzen Ostern und Pfingsten, den Kongreß der Transportarbeiter-Gewerkschaften im September und für den nächsten Kongreß der Labour-Partei im Oktober.

Auf dieser Konferenz wird es nicht

nur darum gehen, die Entschließungen zur neuen Verteidigungspolitik von Scarborough von 1960 zu bestätigen, sondern es wird darum gehen, Wege zu finden, die die jetzt auf gleicher Basis stehende Außenpolitik und Verteidigungspolitik gehen soll. Wie eine Regierungspolitik aussehen müßte, die dieses Ziel verfolgt, habe ich in der Broschüre „Anatomy of a Sacred Cow“ ausführlich dargelegt.

## Aus „Anatomy of a Sacred Cow“

Die Labour-Regierung hat die Produktion von atomaren Waffen aller Art beendet und hat sich dafür eingesetzt, die Ausbildung an atomaren Waffen sowie den Gebrauch von atomaren Waffen, unter welchen Umständen es auch immer sei, zu verhindern. Sie studiert im Augenblick die besten Möglichkeiten, um den Vorrat Großbritanniens an nuklearen Waffen in Rohmaterial für atomare Energie für friedliche Zwecke zu verwandeln. Sie hat mit der Regierung der USA Verhandlungen aufgenommen, um die

Entfernung von US-Raketenbasen von britischem Boden zu erreichen.

Die Gründe der Regierung für diese Schritte sind dreifacher Art:

1. Ein Atomkrieg wäre das größte vorstellbare Übel in jeder nur möglichen Situation, und jeder Krieg zwischen den Großmächten würde zu einem Atomkrieg führen. Zwischen England und der Sowjetunion oder China gibt es keine Unterschiede und kann es keine geben, entweder in bezug auf nationale Interessen oder auf Fragen der Ideologie und der sozialen Struktur, für die es wert wäre, die Ausrottung des größten Teiles der menschlichen Rasse zu riskieren.
2. Zweitens ist die Regierung der Ansicht, daß die Regierung der Sowjetunion kein Interesse und keinen Wunsch hat, einen bewaffneten Angriff auf dieses oder irgendein anderes Land durchzuführen. In diesem Zusammenhang mißt die Regierung der Tatsache große Bedeutung bei, daß die bekannten Vorschläge der Sowjetunion zur Frage der Abrüstung mit denjenigen der (Labour-) Regierung genau gemeinsam haben, so daß der Versuch, durch Verhandlungen und Kompromiß zu einer Übereinkunft zu kommen, wohl wert ist, unternommen und zäh verfolgt zu werden.
3. Die Regierung ist drittens der Überzeugung, daß es gleichgültig ist, was ursprünglich einmal die Rechtfertigung dafür gewesen sein mag, die Charta der Vereinten Nationen zu mißachten und statt dessen auf Bewaffnung, Bündnissysteme und



Die Witwe Asanuma hat den Platz ihres ermordeten Mannes eingenommen und kämpft weiter gegen Atomrüstung und Krieg



# Christentum und Koexistenz

von Prof. Dr. G. Burkhardt

Wir haben bereits in Nummer 6 des KONGRESSDIENSTES von der dritten Christlichen Friedenskonferenz berichtet, die in Prag stattfand. Wir freuen uns, daß wir unsern Lesern jetzt Auszüge aus den sehr wichtigen Referaten zur Kenntnis bringen können, die Professor Dr. G. Burkhardt, Hannover, und Professor Dr. Helmut Gollwitzer auf dieser Konferenz gehalten haben. D. Red.

Zwei physikalisch verschiedene Prozesse können die bei einer Atombombenexplosion freiwerdende Energie liefern:

Bei der sog. „nominellen Atombombe“ oder A-Bombe ist es die von O. Hahn entdeckte Kernspaltung gewisser chemischer Elemente mit hohem Atom-

gewicht, vor allem des Uranisotops der Masse 235 und des Plutoniums. Die auf Hiroshima und Nagasaki eingesetzten Bomben waren von diesem Typ. Der eigentliche Explosivkern hat etwa die Größe eines Tennisballs und das Gewicht von wenigen Kilogramm. Die Sprengkraft dieser Bom-

ben liegt im Bereich von etwa 10 000 bis 50 000 t chemischen Sprengstoffes.

## Die Wasserstoffbombe

Bei der „Wasserstoffbombe“ oder H-Bombe findet der Prozeß der Kernverschmelzung von Atomkernen leichten Atomgewichts (insbesondere von Wasserstoffkernen und Neutronen) statt, der auch im sehr heißen Inneren der Fixsterne abläuft. Ihre Zündung kann nur durch die Explosion einer normalen A-Bombe als Kern erfolgen, die Bombe kann noch mit einem Mantel aus spaltbarem Material versehen sein, um insbesondere die entstehende Radioaktivität zu erhöhen (sog. „schmutzige“ Bomben). Ihre Sprengkraft ist etwa 1000mal so stark, wie die einer nominellen A-Bombe und liegt im Bereich von 20—40 Megatonnen chemischen Sprengstoffes (1 Megatonne gleich 1 Million Tonnen). Das bedeutet aber, daß die Sprengkraft einer einzigen solchen Bombe so groß ist wie die sämtlicher Bomben, die während des zweiten Weltkrieges von allen kriegführenden Parteien insgesamt zum Einsatz kamen.

Die Wirkung der Atombomben ist von vierfacher Art:

1. Ähnlich wie bei einer Luftmine aus gewöhnlichem Sprengstoff entsteht bei der Explosion eine Druckwelle, die zur Gebäudezerstörung führt in einem Umkreis von 10 bis 15 km Entfernung vom Bodennullpunkt bei einer Megatonnenbombe.
2. Eine mit Lichtgeschwindigkeit sich ausbreitende Hitzewelle, die Verbrennungen 2. Grades bei ungeschützten Menschen bis zu Entfernungen von 15 bis 20 km vom Bodennullpunkt verursacht. Ein gegenüber den traditionellen Kriegswaffen völlig neuer Effekt tritt durch die Entstehung von radioaktiven Strahlungen auf, nämlich:
3. Die radioaktive Sofortstrahlung, die im Augenblick der Detonation, insbesondere in Form von Gamma-Strahlung, in großer Intensität frei wird, sie wirkt auf ungeschützte Menschen bis auf Entfernungen von 3—4 km tödlich.
4. Die Strahlung der bei der Detonation freiwerdenden Zerfallsprodukte, die je nachdem bei einigen Stoffen sich über Monate und Jahre mit abnehmender Intensität erhalten kann und durch die Detonation über weite Gebiete verteilt werden kann.

Nach dem Gesagten wird klar, daß mit einer einzigen H-Bombe im Megatonnenbereich eine Großstadt praktisch vollkommen zerstört werden kann und ihre Einwohner zum größten Teil getötet würden, wenn nicht besondere Luftschutzmaßnahmen getroffen werden.

Über realisierbare Luftschutzmaßnahmen existieren sehr eingehende amerikanische Untersuchungen am Modell einer Großstadt von 2 Millionen Einwohnern. Es ergibt sich dabei ein Optimum eines Bunkertyps hinsichtlich des Prozentsatzes der Überlebenden und des dafür nötigen Aufwandes der-



Prof. Hagemann und Lothar Schirmmacher auf einer Kundgebung gegen den Atomtod in Neumünster



Demonstration in Neumünster

art, daß bei einer entsprechenden Ausrüstung der Stadt — der finanzielle Aufwand dafür würde etwa 500 Millionen Dollar für diese eine Stadt betragen — etwa 60 % der Bevölkerung die unmittelbare Wirkung der Detonation überleben würden. Sollen sie aber wirklich gerettet werden, so bedarf es noch umfangreicher weiterer Maßnahmen: Unversehrte Auffanglager in hinreichender Entfernung vom Stadtgebiet, Transportfahrzeuge und vor allem Rettungsmannschaften, die Zug um Zug die Überlebenden aus den Bunkern aus dem radioaktiv verseuchten Gebiet abtransportieren, wobei das Vordringen dieser Retter nur stückweise mit dem Abklingen der Radioaktivität möglich ist und auf den abwindseitig gelegenen Stadtvierteln mehrere Tage in Anspruch nimmt, und die Rettungsmannschaften bereits nach mehrstündiger Tätigkeit durch andere abgelöst werden müssen, damit die von ihnen aufgenommene Strahlendosis nicht das erträgliche Maß übersteigt. Die 60-%-Überlebensquote ist also nur dann gesichert, wenn die Umgebung des Angriffsgebietes völlig intakt bleibt, also in weitem Umkreis nur diese eine Bombe gefallen ist, womit im Kriegsfall natürlich nicht gerechnet werden kann.

## Atombunker sinnlos

Nicht in die Kalkulation eingesetzt sind die Menschen, die infolge der kurzen Warnzeiten nicht mehr rechtzeitig die Bunker erreichen konnten, die Szenen, die sich abspielen vor den Bunkertüren, wenn diese geschlossen werden müssen, das Verhalten der Menschen, die tagelang auf engstem Raum eingeschlossen in Ungewißheit über das Schicksal nächster Angehöriger auf die Ankunft der Rettungsmannschaften harren müssen!

Wir haben bis jetzt nur von der Wirkung der Bombe auf das unmittelbare Angriffsziel gesprochen, sie bleibt jedoch keineswegs auf dieses beschränkt. Der radioaktive Fallout wird je nach den Wetterverhältnissen in einem Gebiet eine für den ungeschützten Menschen zu 50 % tödliche Verseuchung hervorgerufen, das sich bis auf eine Entfernung von 80 km vom Detonationsort erstrecken kann.

Diese unmittelbar lebensbedrohende Aktivität ist freilich nach kurzer Zeit abgeklungen, aber es bleibt eine Verseuchung mit langlebigen radioaktiven Produkten zurück, von denen das gefährlichste das Sr 90 ist, weil es, wegen seiner chemischen Verwandtschaft zum Calcium, von den Pflanzen angereichert wird und mit der Ernährung in dem menschlichen Körper, insbesondere im Knochengestüt, eingelagert wird. Dieses von Sr 90 verseuchte Gebiet ist auf längere Zeit für Menschen nicht bewohnbar, und es kann Jahre dauern, bis auf den Feldern wieder Ernten heranreifen, die für die menschliche Ernährung brauchbar sind. Je nach Wetterbedingung kann nach den Schätzungen des amerikanischen Physikers Libby dieses von einer H-Bombe verseuchte und von der Bevölkerung zu räumende Gebiet sich bis zu einem Durchmesser von 560 km erstrecken, d. h. es würde bei einem angenommenen Bombenabwurf auf Prag das gesamte Staatsgebiet der Tschechei überdecken!

Im Ernstfall wird es nicht beim Abwurf einer einzigen Bombe bleiben.

## Die Superbombe

Im Gegenteil muß befürchtet werden, daß, wenn es zum Einsatz der Superbomben kommt, dieser Einsatz sogleich mit der gesamten Kapazität erfolgt, um nach Möglichkeit den Vergeltungsschlag des Gegners zu verhindern. Obwohl darüber keine Zahlen bekannt sind, dürfen wir annehmen, daß in zwischen die geheimen Bombenarsenale der beiden Atomgroßmächte sehr umfangreich sind, vorsichtige Schätzungen sprechen von einer Kapazität an atomarem Sprengstoff, der 6000 solcher Superbomben entspricht. Schätzungen der Transportmöglichkeiten ergeben die Möglichkeit für einen gleichzeitigen Einsatz von 1500 Wasserstoffbomben mit 20 Megatonnen Sprengleistung.

Ein solcher Einsatz würde in dem betroffenen Land, seien es die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion, die Bevölkerung bis auf etwa 10–20 % vernichten und selbstverständlich den totalen Zusammenbruch der ganzen wirtschaftlichen Organisation bedeuten. Aber die Wirkung würde sich auch auf die nichtkriegführenden Länder erstrecken, in den europäischen Nachbarländern würden durch lokalen Fallout etwa 20 Millionen Menschen ums Leben kommen. Der Teil der radioaktiven Zerfallsprodukte jedoch, der bis in die Troposphäre geschleudert würde, würde sich dort infolge der Luftströmungen auf einen Gürtel, entsprechend der Breite des angegriffenen Gebietes rings um die ganze Erde verteilen und dort mit den Niederschlägen zur Erde fallen. Das hätte zur Folge, daß von den dort lebenden Menschen noch etwa 5 bis 10 % durch Strahlung getötet würden, weitere 30 % würden schwere Schädigungen mit späterer Todesfolge erleiden, und alle wären einer extrem schweren genetischen Schädigung ausgesetzt, die sich auf die Nachkommenschaft verheerend auswirken würde.

Die erschreckende Gesamtbilanz eines solchen massiven Atomangriffes, der noch nicht einmal 1 Stunde zu dauern brauchte, beläuft sich insgesamt — Kriegführende und Nichtkriegführende zusammengenommen — auf 1 Milliarde Todesopfer.

## Vorstellungskraft fehlt

Die echte Vorstellungskraft fehlt dem Politiker, der die Verteidigung des Landes auf Atomwaffen aufbaut, auch wenn er eindringlich versichert, die Wirkung dieser Waffen genau zu kennen, wenn er weiß, daß ihr Einsatz den Tod von Millionen zur Folge hat, wer vermag schon mit diesen Zahlen eine echte Vorstellung zu verbinden? Sie fehlt auch dem Soldaten, der an der Atomrakete ausgebildet wird, er brächte es niemals fertig, auch nur einen kleinen Bruchteil der Menschen mit der Waffe in der Hand selbst zu töten, deren Tod er mit einem Knopfdruck auslösen kann. Die Technik tötet für ihn, und sie tötet weit entfernt von ihm außerhalb seines Erlebnisbereiches. Die saubere technische Perfektion der modernen Kriegsmas-

schinerie überdeckt das Inhumane und läßt es in seinem vollen Ausmaß nicht in unser Bewußtsein treten.

Vor diesem Hintergrund muß heute jede realistische Beurteilung der Weltlage erfolgen. Die Superbombe ist keine Waffe im üblichen Sinn mehr, sondern ein Abschreckungsmittel, das durch seine bloße Existenz den Gegner von der Anwendung dieses Mittels abschrecken soll, das aber selbst nie zum Einsatz gelangen darf.

So leben wir heute mit der Bombe in einem Zustand, den Churchill treffend das „Gleichgewicht des Schreckens“ genannt hat. Tatsächlich dürfte die Abschreckung bis heute wirksam gewesen sein, es ist wahrscheinlich, daß ohne die Drohung der Bombe die politische Situation der Gegenwart schon längst zur Auslösung eines dritten Weltkrieges geführt hätte.

Die technische Entwicklung erst der jüngsten Zeit hat die Möglichkeit einer echten, weil unverletzlichen Abschreckungsstrategie gefestigt. Daß es noch nicht zu einer Katastrophe kam, zeigt, wie ich meine, daß die Verantwortlichen auf beiden Seiten doch nicht so kriegsbereit sind, wie es die generische Propaganda oftmals darzustellen beliebt.

## Mit der Bombe leben?

Darf man sich nun auch für die Zukunft auf die Stabilität dieses Gleichgewichts des Schreckens verlassen, müssen und können wir uns darauf einrichten, „mit der Bombe zu leben“?

Zunächst ist festzustellen, daß dieses Gleichgewicht nicht statisch ist, sondern ein sich laufend verschiebendes dynamisches Gleichgewicht. Die fortlaufende technische Weiterentwicklung erfordert eine jeweils neue Anpassung des Gleichgewichts auf den neuesten technischen Stand, und ein technischer Durchbruch auf der einen Seite, etwa bestehend in einer wirksamen Methode, aufliegende Raketen durch Abwehr vernichten zu können, würde eine gefährliche Verschiebung des Gleichgewichts bedeuten. Das heißt aber, daß die Atomkräfte dauernd bestrebt sein müssen, ihre Ausrüstung auf dem neuesten technischen Stand zu halten. Das bedingt einen Rüstungswettlauf und einen finanziellen Aufwand für Rüstung, der in der Geschichte der Menschheit einmalig ist. Für die nächsten 12 Jahre werden die Ausgaben für Rüstungszwecke auf der ganzen Welt auf etwa 2000 Milliarden Dollar geschätzt. Verteilt man diese Summe auf die Erwerbsfähigen (unter je 4 Personen einer) der an der Rüstung beteiligten Völker in Ost und West, so entfallen auf jeden 25 000 DMark (6000 Dollar) — ungeheure Summen, die für einen völlig unproduktiven Zweck ausgegeben werden (jede Rüstung veraltet in wenigen Jahren!) in einer Welt, in der der größere Teil der Bevölkerung unterernährt ist!

Rüstungswettlauf bedingt Geheimhaltung, Geheimhaltung auf der einen Seite fordert Spionage auf der anderen Seite heraus — beide sind untrennbar mit militärischer Ausrüstung verbun-

den. In einer Situation wie der heutigen, wo faktisch entscheidende militärische Handlungen sich innerhalb von Stunden, ja Minuten abspielen können, muß jeder für die Sicherheit seines Landes verantwortliche Militär mit allen Mitteln bestrebt sein, die militärischen Möglichkeiten und Absichten des potentiellen Gegners zu erkunden. Die wenig sauberen Methoden der Spionage sind eine unvermeidliche Begleiterscheinung der atomaren Abschreckung in ihrer heutigen Form. Sie tragen aber dazu bei, eine Beunruhigung zu schaffen, die die Stabilität des Gleichgewichts in gefährlicher Weise bedroht. In der Tat ist der sogenannte „Zufallskrieg“ eine äußerst ernstzunehmende Gefahr, das „Ausgleiten“ des prekären Gleichgewichtes in eine von niemandem gewollte Weltkatastrophe. Die Drohung mit der Vernichtung durch die Atombombe ist ja nur dann wirksam, wenn die Möglichkeit, die Drohung in jedem Augenblick auch wahrzumachen, gegeben ist. Sie muß auch dann noch bestehen, wenn bereits die andere Seite zum Vernichtungsschlag ansetzt, wobei es darauf ankommt, diesen bereits im Ansatz als einen solchen zu erkennen. Dies erfordert offenbar ein ständig alarmbereites, technisch bis ins Äußerste ausgeklügeltes Überwachungssystem. Die Anforderungen, die sowohl an die Perfektion der Technik aber auch an die Zerreißkraft der Nerven der sie bedienenden Menschen damit gestellt werden, lassen das Eintreten eines Versagens, sei es der Technik oder des Menschen, unmöglich ausschließen. Was ein solches Versagen aber bedeutet, braucht nach dem oben Gesagten nicht mehr erläutert zu werden!

## Rüstungswettlauf bringt Krieg

Es ist wirklich „5 Minuten vor 12“, um dieser Entwicklung, die einfach eine logische Konsequenz unserer derzeitigen Weltlage ist, noch Einhalt zu gebieten.

Kann man ihr überhaupt noch Einhalt gebieten? Die Abschreckung mit der Atombombe ist nur wirksam, wenn außer den technischen Vorbedingungen für ihren wirklichen Einsatz auch die menschlichen Vorbedingungen vorhanden sind. Sonst wird die Drohung ungläubhaft und damit wirkungslos. Diese Bereitschaft bedingt, daß die Völker überzeugt werden von der Notwendigkeit des Einsatzes, und dies gelingt nur, wenn man den Gegner als die Verkörperung des Bösen, das mit allen Mitteln vernichtet werden muß, hinstellt, die absolute Waffe erschafft sich den absoluten Feind. Die Politik der Abschreckung gedeiht nur im Klima des kalten Krieges. In einer Atmosphäre des Mißtrauens streben die Völker nach Sicherheit, sie hoffen sie durch die Atombombe zu erringen und verstärken damit das Mißtrauen und damit wächst die Unsicherheit.

## Abrüstung und Vertrauen

Es gilt, diesen Teufelskreis, in dem die Politik der Welt heute verfangen ist, zu sprengen. Alle Staatsmänner in Ost und West sind sich in der Forderung nach allgemeiner Abrüstung und Verbot der Atomwaffen einig. Ich halte diese Forderung für notwendig, aber

nicht für hinreichend. Selbst wenn alle Bomben auf der Welt vernichtet worden wären, so wäre damit doch nicht das Wissen darum, wie man Bomben herstellt, vernichtet. In einem ernstesten Konfliktfall wären die Länder relativ schnell wieder in der Lage, Bomben herzustellen und sie im Kriegsfall auch einzusetzen.

Hinreichend erst ist der ernste Wille auf beiden Seiten zur Koexistenz, also auf den Verzicht zur Führung eines Krieges überhaupt. Diese Forderung ist die unabdingbare Notwendigkeit für das Leben im beginnenden Atomzeitalter. Sie erscheint den meisten heute noch eine Utopie, aber Kriege sind keine Naturgesetze, sondern eine geschichtliche Erscheinung. Auch die Sklaverei war eine solche, die über Jahrtausende wie ein Naturgesetz gültig war. Selbst Christus hat sich



nicht gegen diese als Institution gewandt, ebenso wie gegen den Krieg als solchen — sein Gebot war, den Sklaven wie seinen Nächsten zu behandeln. Heute ist die Sklaverei längst überwunden, nicht zuletzt dadurch, daß die Entwicklung der Maschine diese Institution überflüssig machte, und verstößt gegen das Sittengesetz. Ähnliches gilt für die Institution des Krieges: Der Krieg im Atomzeitalter ist mit den Grundsätzen christlicher Ethik nicht mehr vereinbar — nicht weil quantitativ seine Schrecken vergrößert sind, sondern weil qualitativ sein Charakter sich grundsätzlich gewandelt hat. Eine merkwürdige Umkehrung hat sich angebahnt: Der sogenannte „Realpolitiker“, der unter Berufung auf die angebliche Unveränderlichkeit des menschlichen Charakters den Krieg in den Kalkül seiner politischen Überlegungen einbezieht, verfolgt eine hoffnungslose Utopie, der Kriegsgegner kann sich heute nicht mehr auf die nur gefühlsmäßigen Argumente eines weltanschaulichen Pazifismus, sondern auf die nüchternen technischen Fakten berufen.

## Kalter Krieg muß beendet werden

Obwohl sich diese Einsicht immer mehr Bahn bricht, verhindert die heutige Linie der Weltpolitik, beruhend auf der Drohung mit der Bombe, ihre Durchsetzung. Die allgemeine Abrüstung wird erst dann eintreten, wenn die Rüstung überflüssig geworden ist. Dies setzt die Beendigung des kalten Krieges voraus, die aber wiederum die

Abrüstung als notwendige Vorbedingung enthält. Diese wird durch das gegenseitige Mißtrauen heute verhindert, Vertrauen kann nur durch empirische Rechtfertigung, d. h. also durch Kontrolle entstehen, deren Einführung aber wiederum ein Mindestmaß von Vertrauen voraussetzt.

Ich glaube nicht, daß es möglich ist, diese Hürde in einem Anlauf zu nehmen, die menschlichen Verhaltensweisen können sich nur stetig ändern, und die technische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat die Menschheit wahrhaft überrumpelt. Nur Schritt für Schritt in mühsamer, zäher, gemeinsamer Anstrengung wird diese bisher schwierigste Krise der Menschheit zu überwinden sein.

Die Grundlage von allem, das gegenseitige Vertrauen, kann nicht wie durch Drehen an einem Schalter ein-

fach „eingeschaltet“ werden, es muß langsam wachsen.

Auf der großen Konferenz in Kitzbühel vor nunmehr 2 Jahren, an der ich das Glück hatte, teilnehmen zu können, haben 70 Naturwissenschaftler aus 20 Ländern von Ost und West — eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, die als „Wiener Erklärung“ an die Öffentlichkeit ging und diese über die Gefahren unserer heutigen Situation und die Möglichkeiten und Wege zu ihrer Überwindung aufklären sollten. Ich darf nur einen Satz aus dieser Erklärung, sozusagen als Zusammenfassung meiner Ausführungen, hier zitieren: „In Anbetracht der Schwierigkeiten der technischen Situation fühlen sich die Wissenschaftler verpflichtet, ihren Landsleuten und ihren Regierungen die Notwendigkeit einer Politik vor Augen zu führen, die das gegenseitige internationale Vertrauen stärkt und die gegenseitige Angst verringert. Vertrauen kann nicht durch Beteuerungen des guten Willens allein hergestellt werden, es braucht einen langen Prozeß von politischem Ausgleich und aktiver Zusammenarbeit!“

Mir scheint, daß sich die in dieser Erklärung zum Ausdruck gebrachten nüchternen Erfordernisse unseres technischen Zeitalters mit den allgemeinen ethischen Geboten der Christenheit in vollem Einklang befinden! Mögen alle Menschen in Ost und West erkennen, daß sie im Zeitalter der Technik Bürger einer einzigen Welt geworden sind und einen gemeinsamen Feind haben: Den Krieg, der alles zerstört.

# Der Standpunkt des Christen in der Friedensfrage

von Prof. D. H. Gollwitzer

Der Christ ist ein Mensch, der von einem sehr überraschenden und unvergleichlichen Friedensschluß lebt und in einen alles übertreffenden Frieden versetzt ist. Das Evangelium sagt uns, daß Gott von sich selbst verlangt hat, er solle mit seiner Macht dem Krieg ein Ende machen, den wir Menschen gegen ihn vom Zaune gebrochen haben und mit dem wir uns selbst und die Gottesschöpfung verwüsten. Gottes Wille ist primär das, was Gott von sich selbst will, wozu er sich selbst auffordert, und was er, der durch keinen anderen als sich selbst bewegt und gezwungen werden kann, dann auch unwiderstehlich verwirklicht. „Gott will Frieden“ heißt also primär: Gott schafft Frieden. Das meint die Weihnachtsbotschaft der Engel: Die Ehre Gottes in der Höhe besteht gerade darin, daß er sich aufmacht und aus der Höhe heruntersinkt in die friedlose Welt und Frieden schafft aus Liebe und Wohlgefallen an den Menschen, die doch sein Wohlgefallen so wenig verdienen. Jesus Christus — das heißt nichts anderes als: Gott will Frieden und Gott schafft Frieden.

## Das Wort Frieden

Dabei hat das Wort Frieden die umfassende Bedeutung des hebräischen Wortes Schalom: nicht nur Waffenstillstand, nicht nur negativ: Beseitigung von Totschlag, Streit und Haß, sondern positiv: Heil und Leben im umfassenden Sinne, sowohl das Ewige als auch das Zeitliche umfassend, sowohl die Beziehung zu Gott als auch die Beziehung zu den Mitmenschen, sowohl die Seele als den Leib.

Haben wir das Wort „Frieden“ im biblischen Sinne als ein umfassendes Wort hervorgehoben, das das ganze Leben des Menschen, das leibliche wie das seelische meint, so müssen wir jetzt eine Rangordnung in der Bedeutung dieses Wortes beachten. Auf diese Rangordnung werden wir dadurch aufmerksam, daß der Friede Gottes in Jesus Christus eine Wirklichkeit ist, die nur im Glauben an das Wort des Evangeliums erkannt wird. Also eine Wirklichkeit, die im Streite und Widerspruch steht zu einer anderen Wirklichkeit, zu der Wirklichkeit, die uns vor Augen ist. Die Welt ist nicht friedlicher geworden seit den Tagen von Golgatha. Wo ist nun also die Wirklichkeit des Friedens Gottes? Luther pflegte die Evangeliumsverkündigung so auszulegen, daß er sagte: Gott hat zwei Weisen, uns von einem Übel zu befreien: Entweder indem er das Übel von uns wegnimmt oder indem er uns von dem Übel wegnimmt. D. h. die Befreiung kann entweder durch die äußere Beseitigung eines Übels erfolgen oder so, daß wir selbst in unserem inneren Zentrum, in unserem Herzen von der Macht und Herrschaft dieses Übels befreit werden und unter eine andere Regierung geraten. So sagt Paulus, daß der Vater uns errettet hat von der Herrschaft der Finsternis und uns versetzt hat in das Reich seines lieben Sohnes (Kol. 1, 13). Das heißt nicht, daß Gott sich mit einer innerlichen Befreiung begnüge und daß sonst alles beim bösen Alten bleiben soll. Es

heißt aber, daß nach Gottes Verfügung das Innere dem Äußeren vorhergehen soll: unser Herz soll versöhnt werden und der äußere Frieden soll die Frucht des inneren sein; der weltliche Frieden soll die Frucht des Gottesfriedens sein. Die Reihenfolge, in der zuerst Jesus Christus für uns stirbt und wir im Glauben an diese Gottestat zum Frieden mit Gott kommen — und dann erst der Siegeslauf des auferstandenen Herrn weitergeht bis zur endgültigen Befriedigung der ganzen Schöpfung —, diese Reihenfolge hebt den umfassenden Sinn des Wortes Frieden nicht auf: Auch äußerlich, auch im Irdisch-Zeitlichen soll es Friede werden, sollen die Wölfe bei den Lämmern wohnen (Jes. 11, 6) und die Schwerter in Pflugscharen verwandelt werden (Jes. 2, 4). Die Reihenfolge aber, die uns oft so schwer anfiel und uns so ungeduldig nach der Vollendung des Friedens anschauen läßt, hat ihren guten Sinn: Sie soll uns 1. trösten als Menschen einer Zeit, die noch die ganze Wucht der menschlichen Friedlosigkeit aushalten müssen: Es entgeht uns das Wichtigste **nicht**. Nicht erst spätere Generationen werden das Heil Gottes genießen dürfen; jetzt schon gehört ihr zu seinem Reich und seid Teilhaber seines Friedens! 2. Sie soll uns die Illusion rauben, als lägen die Gründe der Friedlosigkeit nur in den äußeren Verhältnissen und als könne deren Änderung die Menschen aus Wölfe in Lämmer, aus Friedlosen in wahrhaft Friedfertige verwandeln. So wenig das Evangelium den Kampf um diese Änderung der sozialen Verhältnisse unnötig macht, so wenig macht die denkbar beste Veränderung der sozialen Verhältnisse das Evangelium überflüssig.

## Über die Gleichgültigkeit

Es gibt eine heilige und eine unheilige Gleichgültigkeit gegenüber den irdischen Nöten: Der Christ darf durch die Botschaft vom ewigen Heil gleichgültig werden gegenüber der Frage nach seinen eigenen irdischen Nöten — mögen wir das als eine herrliche Befreiung immer wieder erfahren! Er darf und soll aber auf keinen Fall gleichgültig werden gegenüber dem irdischen Leben seines Mitmenschen und dessen Nöten. Vom Gleichnis vom barmherzigen Samariter bis zum Jakobusbrief steht das Evangelium für die heilige und gegen die unheilige Gleichgültigkeit.

Eben dies sagt uns noch ein vierter Aspekt jener Reihenfolge: Indem Gottes Friede in Jesus Christus hereinkommt in die unerlöste Welt, ohne daß diese dadurch schon in die Vollendung verwandelt würde, ist eine Zwischenzeit gegeben, in der der Gottesfriede schon für uns gilt, in der aber seine umfassende Bedeutung noch nicht offenbar ist.

Die umfassende Verwirklichung besteht darin, daß das Innere und das Äußere, das Göttliche und das Menschliche übereinstimmen, daß zwischen den Menschen also Frieden ist wie zwischen Gott und den Menschen. Jetzt besteht diese Übereinstimmung noch

nicht, jetzt widerspricht sich noch das Äußere und das Innere; jetzt besteht darum noch die Gefahr des Mißverständnisses, es beziehe sich Gottes Friedenswille nur auf das Herz des Menschen, nicht aber auf die Gesellschaft, ja auf die ganze Schöpfung. In der Vollendung wird offenbar werden, daß solche Spiritualisierung, solche Verinnerlichung ein Mißverständnis ist; kein Bereich der ganzen Schöpfung wird ein Bereich des Unfriedens bleiben können, wenn Gott der Gott des Friedens ist.

Es ist mit jener Reihenfolge 5. auch der Sinn der Worte bestimmt, die über dieser 3. Christlichen Friedenskonferenz stehen: „Auf dem Wege zur Friedensepoche der Menschheit.“ Diese Worte haben nun, nach dem bisher Ausgeführten, einen doppelten, unter sich scharf unterschiedenen Sinn:

a) Das Evangelium ruft uns zu, daß wir unterwegs sind zur großen Friedensepoche der Menschheit: dem Reiche Gottes. Das ist eine Glaubensaussage.

b) Das andere ist eine Vernunftsaussage: Im Blick auf den weiteren Weg der Menschheit sehen wir nur mehr die Möglichkeit eines Weiterbestehens der Menschheit, wenn kriegerische Auseinandersetzungen unmöglich gemacht werden.

## Der christliche Beitrag

Für den rechten christlichen Beitrag zu dieser Friedensarbeit ist es entscheidend, daß der Unterschied zwischen diesen beiden Aussagen klar gesehen wird. Es ist der Unterschied von Gottes Werk und der Menschen Werke. Wo er nicht gesehen wird, maßt sich der Mensch an, Gottes Werk zu tun, und wird mit dieser schwärmerischen Anmaßung nur Unheil anrichten können. Unsere theologischen Väter haben deshalb mit Recht den Chiasmus verworfen, der das göttliche Friedensreich meinte mit menschlicher Kraft heraufführen zu können. Wo der Mensch sich zu Gott macht, da meint er dann Gottes Gerichte selbst exekutieren zu können, da verteuft er den andern, da kann er nicht mit den anderen koexistieren. Daß der Mensch und die Welt heil werden, das sind die großen Dinge, die Gott allein tut. Von ihnen spricht das Evangelium. Auf unser menschliches Tun bezogen, heißt Frieden zunächst nicht mehr als: daß nicht auf einander geschossen wird, daß die Menschen einander nicht umbringen. Der Blick auf das große Friedenswerk Gottes macht uns frisch und unermüdet und erfinderisch und nüchtern zu dem, was wir tun sollen. Für die irdische Friedensarbeit des Christen gilt, „Die Hauptsache ist, daß die Hauptsache immer die Hauptsache bleibt“, — oder, besser ausgedrückt: Das Zentrale ist, daß das Zentrum immer das Zentrum bleibt. Im Zentrum muß stehen das Evangelium und der Glaube, also das Hören der seligen Botschaft von Gottes Wirklichkeit, von Gottes Friedensbund und von der großen Zukunft dieses Bundes; das muß unser Herz erfüllen. Dann werden wir mit ganzem Herzen in der Arbeit für den politischen Frieden stehen, weil zuerst unser gan-

zes Herz ergriffen worden ist von der Wirklichkeit Jesu Christi, des Herrn des Friedens.

Haben wir so versucht, den Standort der Arbeit für den politischen Frieden innerhalb des Christseins zu bestimmen, so ist jetzt der Standort unseres christlichen Beitrags in der gegenwärtigen Welt zu bestimmen.

1. Wir können uns nicht mehr leisten, die Kostbarkeit eines günstigen Klimas, eines günstigen Augenblickes zu verpassen in der frevelhaften Meinung, was heute gehe, das gehe auch morgen noch; der Geist von Genf (1955), vom Camp David läßt sich nicht ein halbes Jahr lang auf Flaschen ziehen.
2. Wir können uns nicht mehr leisten, bei Verhandlungen zu warten, bis ein Text erarbeitet ist, der in Perfektion alle unsere Wünsche erfüllt; wir müssen Ansätze, aus denen mehr werden kann, für besser halten als das „Alles oder Nichts“.
3. Wir können es uns nicht mehr leisten, bei internationalen Krisen uns selbst zu befriedigen, indem wir die Schuld der Gegenseite beweisen. Wem dieser Nachweis eine Befriedigung ist, der zeigt, wie tief er unter dem Niveau und dem Ernst der heutigen Situation steht.
4. Wir können es uns nicht leisten, die heute fällige internationale Vereinbarung über Ächtung und Kontrolle der Atomwaffen aufzuschieben; denn morgen wird sie, wenn diese Waffen im Besitz vieler Staaten sind, unmöglich sein.
5. Wir können uns nicht leisten, diese Vereinbarung über die Atomwaffen aufzuschieben, weil wir nur durch sie das Aufkommen noch schrecklicherer und noch schwerer zu kontrollierender Vernichtungsmittel verhindern können.
6. Wir können uns den kalten Krieg nicht mehr leisten, wenn wir uns den heißen Krieg nicht mehr leisten können. Wir können uns den Pharisäismus nicht mehr leisten, der nur sich selbst anständige Motive, Weisheit und Mäßigung zutraut, der Gegenseite aber nur Heuchelei, hybride Zielsetzungen, Vernunft und Heimtücke. Wir können uns, da wir nun endgültig in einem Boote sitzen, nicht mehr leisten zu meinen, mit Kommunisten bzw. mit Monopolisten könne man nicht reden, geschweige denn stabile Verträge abschließen. Wir werden bei der Gegenseite ständig auf Personen und Faktoren stoßen, die diese pessimistische Einschätzung bestätigen. Lautet die Alternative aber wirklich: Coexistence or coextinction (R. Oppenheimer), dann können wir es uns nicht mehr leisten, die Gegenseite nur auf diese pessimistische Formel zu bringen, sondern müssen unterstellen, daß es auch dort unter den führenden Männern solche mit Vernunft, mit richtiger Einschätzung der Weltsituation gibt, mit denen ehrliches Spiel möglich ist und denen wir Chancen geben müssen.

Der letzte dieser Punkte ist nicht unbestritten. Es wird gegen ihn formuliert: „Gerade weil alle wissen, daß wir uns den heißen Krieg nicht mehr leisten können, können wir den kalten Krieg noch lange fortführen, ohne sein Umschlagen in den heißen befürch-

ten zu müssen; es muß dazu nur für die Erhaltung des atomaren Gleichgewichts gesorgt werden.“ Selbst auch in christlichen Synoden kann man heute solche Anschauungen hören. Sie sind unverantwortlich:

1. weil sie nur mit der gegenwärtigen Lage rechnen, aber nicht sehen, daß die Politik die Pflicht hat, vorzubauen im Blick auf Gefahren, die durch die rapide technische Entwicklung morgen entstehen können,
2. weil sie den Menschen ein Maß von Vernunft, Geduld, Kontrolle aller Umstände und Beherrschung aller Emotionen zutrauen, wie es aller Umstände und Beherrschung für die christliche Sicht vom Menschen unmöglich ist,
3. weil sie verkennen, daß das „atomare Gleichgewicht“ nicht ein Zustand ist, den beide Seiten anerkennen und auf den beide Seiten sich beschränken, sondern ein Zustand, den jede Seite dynamisch zu ihren Gunsten verändern möchte — also ein äußerst labiler Durchgangszustand, auf den man kein Vertrauen setzen darf.

## Was können wir tun?

Unter dem, was wir dann tun können, nenne ich einiges, was zunächst rein innerkirchlich zu sein scheint und doch auch nach außen wirksam wird.

1. Wir müssen unter uns Christen Klarheit darüber schaffen, daß die Beteiligung an einem Atomkrieg mit dem uns aufgetragenen christlichen Zeugnis schlechthin unverträglich ist.
2. Wir dürfen uns nicht trennen lassen, weder durch Ländergrenzen noch durch Konfessionsgrenzen noch durch den sogen. Eisernen Vorhang; wir müssen beieinanderbleiben. Erfüllung dieser ökumenischen Pflicht ist unmittelbar ein Beitrag zur friedlichen Koexistenz. Denn sie durchkreuzt die Klischeevorstellungen des kalten Krieges: Wer im Osten echter Christ ist, sitzt im Gefängnis, und wer frei herumläuft, ist kein echter Christ, oder: Die Kirchen im Westen sind Marionetten des Monopolkapitalismus und verteilen nur Opium ans Volk. Solche Klischees sind, ob man das will oder nicht, Kriegsvorbereitung. Dabei müssen wir uns darüber klar sein, daß die Gefahr des Getrenntwerdens nicht nur von außen kommt, von den Behörden und von den Diffamierungen, denen alle Grenzgänger heute vielfach ausgesetzt sind, sondern mindestens ebenso von innen, aus der Entfremdung, weil wir uns zu wenig sehen und aussprechen können, weil die Verschiedenheit der gesellschaftlichen Systeme das Verstehen erschwert, weil wir die andersartigen Loyalitäten, in denen die Brüder auf der anderen Seite stehen, nicht genügend würdigen. Darum: Wir müssen zusammenkommen um zusammenzubleiben.
3. Wir müssen dadurch die Klischees, die die Propaganda des kalten Krieges ständig von den Menschen und den Verhältnissen auf der anderen Seite erzeugt, durchkreuzen. Wir dürfen den Pharisäismus, die einseitigen Anschuldigungen der Gegenseite nicht mitmachen, die generelle Unterstellung bösen Wil-

lens, die verzerrenden Darstellungen. Wir können nicht das 5. Gebot hochhalten und gleichzeitig das 8. mit Füßen treten.

4. Unbequem müssen wir werden auch dadurch, daß wir genau das betreiben, was der Pharisäismus versäumt und scheut: das Kehren vor der eigenen Tür, das Fragen nach der Schuld, die unsere eigene Seite an einer Krise, an einem bösen Zwischenfall im internationalen Leben hat. Beginnt christliches Leben mit der eigenen Buße, so muß sich das auch im politischen Leben des Christen auswirken. Wir werden also ja in unserem eigenen Lager die selbstkritischen Stimmen sein müssen, über deren Vorhandensein im anderen Lager man sich gewöhnlich außerordentlich freut. Die gehässige Einrede, daß wir damit das Geschäft der anderen Seite betreiben, den Gegnern Material liefern usw., darf uns nicht imponieren. Sie ist töricht, wenn man bedenkt, daß wir heute in einem Boot sitzen, beide Lager in einem gebrechlichen Kahn auf stürmischer See sich befinden; auf die Fehler der anderen Seite haben wir nur beschränkten Einfluß, auf unserer eigenen Seite müssen wir deshalb um so mehr nach dem Rechten sehen.

Wir werden über den großen Fragen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht die scheinbar kleinen individuellen Gelegenheiten verachten dürfen, die sich uns täglich bieten. Es kommt heute auf die Einheit an, darauf also, daß die Lebensrichtung im individuellen und im politischen Bereich konform ist. Darum ist es nicht Rückzug ins Private, sondern Hinweis auf diese nötige Konformität, wenn ich zum Schluß den deutschen katholischen Schriftsteller Georg Heidingfelder zitiere, der kürzlich in einem Aufsatz in der von Leonhard Ragaz gegründeten schweizerischen Zeitschrift „Neue Wege“ den Christen als den „Partisanen der Barmherzigkeit“ zwischen den großen Fronten der Gegenwart beschrieb und seine Werke aufzählte: „Dies sind die sieben Werke der leiblichen Barmherzigkeit:

1. Die Hungrigen speisen.
2. Die Durstigen tränken.
3. Die Nackten bekleiden.
4. Die Fremden beherbergen.
5. Die Gefangenen erlösen.
6. Die Kranken besuchen.
7. Die Toten begraben.

Die Werke der geistigen Barmherzigkeit sind diese:

1. Die Sünder zurechtweisen.
2. Die Unwissenden belehren.
3. Den Zweifelnden recht raten.
4. Die Betrüben trösten.
5. Die Lästigen geduldig ertragen.
6. Denen, die uns beleidigen, gerne verzeihen.
7. Für die Lebenden und Toten beten.“

Fangen wir an, dies im privaten Bereich zu üben und im politischen Bereich nicht zu verlassen, dann werden wir auch im politischen Bereich nie ganz orientierungslos, aussichtslos und einflußlos sein. Dann bewegen sich unsere Füße auf dem Wege, auf den sie durch das Evangelium gestellt sind: auf dem Weg des Friedens (Luc. 1, 79).

# Vergeltung statt Verständigung?

von Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel

Zu unserer großen Freude übersandte uns Herr Professor Dr. Dr. Fritz Wenzel einen Artikel mit Bitte um Abdruck im KONGRESSDIENST. Wir kommen dieser Bitte gern nach und bitten unsere Leser recht herzlich, uns ihre Meinung zu den Ausführungen von Herrn Professor Dr. Dr. Wenzel mitzuteilen. D. Red.

Wer den Satz bejaht, was menschlich falsch ist, kann politisch nie richtig sein, muß allerdings auch bereit dazu sein, die Folgerungen daraus zu bejahen. Das bedeutet also, daß man mit solcher Erkenntnis aufhören muß, in der Politik andere Maßstäbe gelten zu lassen als im privaten menschlichen Leben. Richten wir unsere Gedanken auf eine wesentliche Seite menschlicher Existenz überhaupt. Wir meinen, das menschliche Zusammenleben. Niemand wird behaupten, daß dieses stets reibungslos und ohne Schwierigkeiten verlaufe. In jeder Form menschlicher Gemeinschaft muß Verständigung — oft nach harten Auseinandersetzungen — ermöglicht werden, wenn nicht aus dem Miteinander das Auseinander und Gegeneinander werden soll. Verständigung wird aber nirgends und niemals dadurch zustande kommen, daß die Menschen von den Gedanken der Vergeltung erfüllt sind und nur darauf sinnen, wie sie Spannungen und Mißverständnisse verschärfen und vergrößern können. Nebenbei mag noch angemerkt sein, daß dieser sehr vernünftige Grundsatz gleichzeitig auch ein ethischer, ja sogar christlicher ist. **Der Gedanke, daß durch Vergeltung Verständigung unter den Menschen geschaffen werden könne, findet sich in keiner Ethik und hat im Neuen Testament keinen Raum.**

Schauen wir auf das politische Leben, dann erkennen wir mit Schrecken, wie sehr der vernünftige und richtige Gedanke fehlt, ohne den es ein gesundes Zusammenleben der Menschen und der Völker untereinander nicht geben kann, daß nämlich auch in der Politik Verständigung niemals durch Vergeltung zustande kommt. Bleiben wir mit unseren Überlegungen beim gegenwärtigen politischen Geschehen. Wen erschreckt es nicht, daß mit Vergeltungsmaßnahmen wieder Politik gemacht wird! Und wer erkennt nicht, daß alle solche auf Vergeltung abgestellten Maßnahmen die Situation verschärfen, anstatt sie zu entspannen. Sehr betroffen macht den nachdenklichen Beobachter die öffentliche Meinung, die sich in den letzten Tagen sehr laut und deutlich zu Worte gemeldet hat, als auf dem Parteitag der Labour-Party die Mehrzahl der Abgeordneten durch ihren Entscheid gegen jede Atompolitik zum Abdruck brachte, wie sehr sie begriffen hat, daß man in unserer so gespannten Weltlage eine sinnvolle Politik nur durch Verständigung gestalten kann. Besonders interessant war, dabei zu beachten, wie keck und kühn die großen Tageszeitungen und Rundfunkkommentatoren den politischen Pazifismus verächtlich und lächerlich zu machen versuchten. Da wird die Labour-Party in den Augen einiger Journalisten zur Sekte degradiert, nur weil die Pazifisten in ihr der politischen Vernunft und der Erkenntnis, daß man Verständigung nicht durch

Vergeltung verwirklichen kann, endlich zum Siege verhelfen konnten.

Mit welchem Recht eigentlich spricht man so verächtlich von dem politischen Pazifismus, der sich unseres Wissens immer nur auf die Erkenntnisse der guten und gesunden Vernunft bezieht und Entspannung und Verständigung in der Welt und damit das Ende der Kriege und den Frieden bringen will? Ist das schändlich, verwerflich und gefährlich? Haben die „Realpolitiker“ mit ihrer Vergeltungspolitik, die nur in Divisionen, klassischen Waffen und modernen Massenvernichtungswaffen denken können, bis jetzt auch nur einen Schritt zur Wiedervereinigung, zur Verständigung und zur Entspannung getan? **Seit der NATO, dem Warschauer-Pakt-System und der Weiterentwicklung der politischen Machtblöcke in Ost und West hat sich zwar hüben wie drüben der Gedanke der politischen Vergeltung immer bewußter und machtvoller entfaltet, aber die Verständigung ist dadurch immer mehr unwahrscheinlich geworden.** Niemand kann glauben, daß pazifistische Politiker, wenn ihnen nur annähernd so viel Geld und Einfluß auf Macht zur Verfügung ständen, mit so viel Mißerfolg und Bedrohung für die ganze Menschheit Politik gemacht haben würden wie die Mächtigen in unserer Welt, die sich so überzeugt und stolz „Realpolitiker“ nennen. Wer hat denn eigentlich die beiden letzten Weltkriege zu verantworten? Pazifistische Politiker jedenfalls nicht. Wir können viel mehr ohne Übertreibung sagen: Besäßen die Völker der Erde Friedensminister, pazifistische Außenminister und pazifistische Regierungschefs, dann hätten die letzten beiden Kriege nicht stattgefunden und unsere politische Gegenwart sähe um vieles freundlicher und zuversichtlicher aus. Aber freilich, im letzten will man ja von dem schlechten und lebensfeindlichen Grundsatz, in der Politik Verständigung nur durch Vergeltung zu schaffen, gar nicht abgehen. Und sehr wahrscheinlich sind am Ende in allen Völkern diejenigen Kreise daran aufs lebhafteste interessiert, die mit der Politik der Vergeltung, der Aufrüstung und der militärischen Macht ihre sehr guten Geschäfte machen. **Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie hat in den beiden letzten Weltkriegen, die Millionen und aber Millionen in allen Völkern mit dem Massengrab ihrer Gesundheit oder der Aufgabe ihrer Existenz bezahlen mußten, Ansehen, Macht und Reichtümer erworben.** Solange man mit der Verständigung nicht Riesengewinne erzielen kann und man die pazifistischen Politiker, anstatt mit Orden und Ehrenzeichen zu schmücken, verleumdete, verfolgt und in Zuchthäuser bringt, werden die Kreise, für die Politik wesentlich Geschäft, persönliche Ehre, Ansehen, Macht und Ruhm bedeutet,

den pazifistischen Politikern keinen Einfluß einräumen, selbst wenn dabei unsere ganze Erde zu Brüche ginge. Ich darf hier, ohne in den Verdacht zu geraten, meine Person überbewerten zu wollen, aber doch zum Ausdruck bringen, daß ich aus eigener Erfahrung so kritisch sprechen kann. Acht Jahre lang habe ich als Abgeordneter in den beiden ersten Bundestagen und vier Jahre lang als Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft und des deutschen Zweiges der Internationale der Kriegsdienstgegner für den politischen Pazifismus gekämpft, nicht um persönlichen Profit, politische Ämter oder Ansehen und Ruhm damit zu erwerben. Meine am Evangelium orientierte Überzeugung hat mich durch Lektüre schon frühzeitig mit einigen der erlauchtesten Namen in Beziehung gebracht, die in allen Völkern der Erde sich zum Pazifismus bekennen und überzeugend die Wege aufweisen, die zur Verständigung und damit zum friedlichen Zusammensein aller Menschen ohne kriegerische Auseinandersetzung führen. Ich glaubte, daß 1949 nun in unserem Volk dafür endlich Verständnis und Bereitschaft vorhanden sein würden, mußte aber bald einsehen lernen, daß in Ost und West ebenso wie in beiden Teilen Deutschlands die politisch Mächtigen und Verantwortlichen zu einem so entscheidenden Neubau und Umbau der Realpolitik keineswegs bereit waren. Daß sich das zum Schaden und Verhängnis der Völker auswirkt, wird heute mit jedem Tag deutlicher. Wir politischen Pazifisten haben für eine Politik der Verständigung gearbeitet und brauchen uns dessen wahrlich nicht zu schämen, wenn man auch alles getan hat, um uns und unseren Einfluß in der Öffentlichkeit nicht wirksam werden zu lassen. Aus der persönlichen Verantwortung, die ich als Abgeordneter, als Mensch, Politiker und Christ empfinde, habe ich deshalb in meiner Eigenschaft als Präsident der Friedensorganisationen 1957 den Bundesverteidigungsminister zu einem öffentlichen Gespräch mit dem Thema: „Ist der politische Pazifismus für Deutschland eine Gefahr oder eine Notwendigkeit?“ eingeladen. Ich wollte um der Verantwortung willen vor der Öffentlichkeit diese Frage mit dem Verteidigungsminister diskutieren und nach Möglichkeit zu einer klärenden Antwort kommen. Aber leider haben nicht nur Herr Bundesverteidigungsminister, sondern auch andere politische Stellen sich einer solchen Veranstaltung versagt. Selbst wenn ich diese Veranstaltung keineswegs in ihrem Erfolg für das Ganze überschätzt hätte, wäre sie doch insoweit von Bedeutung gewesen, als hier der Bundesverteidigungsminister vor der Öffentlichkeit hätte zum Ausdruck bringen müssen, daß die Argumente des politischen Pazifismus der Auseinandersetzung und Beachtung wert seien. Vielleicht hätte dann auch die Öffentlichkeit ein objektiveres Bild vom politischen Pazifismus bekommen, und vielleicht hätte herausgestellt werden können, ob und inwieweit — gerade in dem öffent-

Fortsetzung auf Seite 18

## Mein Lied ist laut

*Dein Lied ist grell, dein Lied ist laut,  
sagen zu mir, die gern träumen.  
Du siehst nicht, wie der Himmel blaut,  
weiß nichts von blühenden Bäumen.  
Es fällt ein Regen, der giftig ist  
und der die Haut von den Knochen  
iribt,*

*und ich, und ich soll träumen?  
Es spielt ein Kind am Wiesenrand,  
fächelt der Wind in den Haaren.  
Die Blüten in der kleinen Hand  
will es vorm Winde bewahren.  
Es kommt ein Wind mit giftigem Hauch,  
der trifft das Kind und die Blüten auch—  
und ich, und ich soll träumen?  
Es gellt mein Lied durch Tag und*

*Traum;  
mahndend: Seid wach alle Stunden,  
stellt schützend euch vor Kind und  
Baum,  
bis die Gefahr überwunden!*

*Dann sing ich dem Regen, der fruchtbar  
ist,  
und dem Wind, der des Kindes Locken  
küßt,  
ein Lied unter blühenden Bäumen,  
ein leises Lied zum Träumen.*

Marta Nawrath

lichen Gespräch mit dem Bundesverteidigungsminister hätte es klar werden können! — die Politik der Verständigung ohne Vergeltung eine reale Chance für den Weltfrieden und die deutsche Wiedervereinigung darstellt. So aber, wie bis heute in der politischen und journalistischen Öffentlichkeit der politische Pazifismus als dumm, gefährlich und verbrecherisch hingestellt wird (man fragt sich, wie lange es noch dauern wird, bis man auf die Pazifisten wieder Jagd machen wird und den Pazifismus als Staatsfeind Nr. 1 ausschreiben wird), werden diejenigen eine schwere Schuld auf sich laden, die von Sachkenntnis ungetrübt und ohne sich gewissenhaft und verantwortungsvoll damit befaßt zu haben, in solche unwürdigen Schlagworte einstimmen. Wer Verständigung mit Vergeltung über unsere Erde bringen will, selbst wenn er dabei die edelsten Absichten hätte, soll — gerade wenn er realistisch in seiner Politik sein will — die Erfolglosigkeit dieses Weges endlich zugeben. Uns scheint, daß nur noch eine Politik zum ersehnten und notwendigen Ziele zu führen vermag; die, die jene Labour-Politiker bekannt haben, und deretwegen man sie „Sektierer“ und „Schwärmer“ schilt. Wenn schon Pazifisten Schwärmer und Narren sein sollten, dann nur in jenem Sinne, den Bernard Shaw in seinem geistreichen Wort gekennzeichnet hat: „Gebt uns eine Handvoll Narren. Seht, wohin uns die Vernünftigen gebracht haben.“ Freilich, man erlebt auch immer wieder Überraschungen, wenn man unter den als „Unrealisten“ und „Sektierer“ Gescholtenen Männer entdeckt, die sich zu einer Politik der Verständigung ohne Vergeltung bekennen und die dabei Mut und Schneid genug haben, die vollen und klaren Konsequenzen einer solchen Gesinnung bis zu dem biblischen „Liebet eure Feinde“ auf sehr reale politische Geschehnisse auszu dehnen.

Victor Gollancz, der kürzlich erst den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels in der Paulskirche zu

Frankfurt erhielt, hat seine Ansprache anläßlich der Entgegennahme des Preises mit ebenso denkwürdigen wie unvermuteten Worten geschlossen. Er hat wörtlich gesagt: „**Ich konnte Hitler nicht hassen. Und von der Tiefe meines Herzens sage ich nun in dieser Halle, die einst ein Gotteshaus war: Möge seine gequälte Seele in Frieden ruhen.**“ Daß Victor Gollancz wirklich aus dem Geist einer Verständigung lebt, der vergibt und nicht vergilt, zeigt seine Zuschrift an die „Times“ vom 22. 6. d. J. Dort setzt er sich für das Leben des Judenmörders mit folgenden Worten ein: „Verglichen mit der ursprünglich unbegrenzt ausgeübten Rache war das Gebot: ‚Auge um Auge...‘ ein Fortschritt. Ein viel größerer Fortschritt war gemacht, als uns Juden auferlegt wurde, die Rache völlig abzuschaffen und durch Gnade zu ersetzen. Je ungeheurer das uns zugefügte Unrecht, desto gebietender — infolge eines Gesetzes geistiger Kompensation — wird Gnade. Ich beantrage, Eichmann nicht zu töten.“



Mit tiefer Trauer hat uns die Nachricht erfüllt, daß der Verleger

### Dr. h. c. Ernst Rowohlt

Träger des Bundesverdienstkreuzes im Alter von 73 Jahren plötzlich verstorben ist.

Er war Mitglied des Präsidiums des Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik. Mit ihm haben wir einen Förderer und Freund verloren, der der Sache des Friedens trotz aller Anfeindungen stets die Treue gehalten hat. Wir bleiben ihm verpflichtet.

Ob alle diejenigen, die Victor Gollancz gefeiert haben, sich mit ihm auch zu jenem Geist bekennen, der aus diesen Zitaten spricht? Hier wird doch ganz ohne Frage letzter Ernst mit dem Gedanken gemacht, daß nur der Geist der Verständigung, der auf Vergeltung radikal verzichtet und an dessen Stelle die Vergebung setzt, in der politischen Wirklichkeit zu Lösungen führen kann, die schwerste Wunden wirklich heilen anstatt neue aufzureißen. Genau diesen Geist brauchen wir in der gegenwärtigen politischen Stunde der Welt und für unser Volk. Und eben diesen Geist vermag allein der politische Pazifismus über die Völker zu bringen. Aber nie und nimmermehr eine nach Waffen, Soldaten, Aufrüstung und mit alledem nach Vergeltung schreiende „Realpolitik“, die in Wirklichkeit nichts anderes ist als brutale Machtpolitik und die anstelle der geforderten und erwarteten Verständigung eines Tages über uns alle das Verhängnis gebracht haben wird. —

## IN KURZE:

**Washington (AP.)** Rund 1,5 Milliarden Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs entspricht die Vernichtungskraft, die den amerikanischen Streitkräften in Form von beweglich abzuschießenden Atomwaffen zur Verfügung steht, wenn die geplanten 45 Atom-U-Boote mit je 16 „Polaris“-Raketen in Dienst gestellt sowie die Bomberflotte mit „Skybolt“-Lenkraketen ausgestattet ist. Hinzu kommen dann noch die von ortsfesten Rampen aus abzuschießenden Raketen sowie die herkömmlichen Flugzeugbomben. Die Zerstörungskraft dieses Arsenal ist nach Mitteilung militärischer Kreise unvorstellbar.

**Glasgow (AP)** Mehr als 5000 Atomwaffengegner demonstrierten am Sonnabend in der schottischen Stadt Glasgow mit einem kilometerlangen Protestmarsch gegen die beabsichtigte Errichtung eines amerikanischen Stützpunktes für Unterseeboote mit Polarisraketen am Clyde-Fluß. Eine einstimmig angenommene Protestresolution wurde an den amerikanischen Präsidenten Kennedy gerichtet.

**Manchester (AP.)** Der britische Oppositionsführer Gaitskell bezeichnete auf einer Veranstaltung der Labour-Party in Manchester die „Polaris“-Raketen als sicherste und wirksamste Abschreckungswaffe, die dem Westen gegenwärtig zur Verfügung stehe. Gaitskell stellte sich gleichzeitig hinter die Entscheidung Premierminister Macmillan, der amerikanischen Marine einen Stützpunkt für mit Polaris-Raketen ausgerüstete Atomunterseeboote zur Verfügung zu stellen.

**Titelbild: privat**

**Bilder auf Seiten 4, 10, 12: Keystone**

**Bilder auf Seiten 6, 8, 9: Zier**

**Bild auf Seite 14: Scharnberg**

**Herausgeber:**

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“

**Anschrift:**

Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26

Postscheckkonto: Hamburg 27 30 60  
(Hans Schiefbahn - Ständiger Kongreß -)

**Büro:**

Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Otto Borchers, Wedel/Holst.; Dr. Walter Domke, Hamburg; Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Joachim Hindemith, Münster (Westf.); Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Werner May, Hamburg; Peter Meier, Münster (Westf.); Karl-Ludwig Opitz, Hamburg; Dr. Barbara Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg.

**Sekretär Joachim Hindemith**

**Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. Barbara Rathjens, Hamburg**

**Redaktion: Peter Meier**

**Wissenschaftlicher Berater: Dr. rer. nat. Lothar Wiesner, Hannover.**

**Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg**  
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.